

## PAZIFIK IM ÜBERBLICK

### Tsunami zerstört Südküste Samoas

**Samoa/Tonga:** Am 29. September löste ein Seebeben der Stärke 7,9 (andere Quellen: Stärke 8,3) vor der Küste Samoas einen Tsunami aus. Das Epizentrum des schweren Bebens lag in der Tiefsee 190 Kilometer vor der Südküste Samoas. Es fand frühmorgens um 6:48 Uhr als Folge einer Verschiebung der Erdplatten statt. Innerhalb von Minuten wurde der Tsunami-Alarm vom „Pacific Tsunami Warning Center“ auf Hawai'i ausgelöst. Das Warnsystem informiert dabei über eine auf Mobiltelefone gesendete Kurznachricht (sms) die Bürgermeister, Hoteliers und die öffentliche Verwaltung von der drohenden Gefahr einer Riesenflutwelle. In Samoa wurden sofort die Kirchenglocken als Warnung geläutet, Lokalsender unterbrachen ihre laufenden Sendungen für die Warnung. Da sich das Beben jedoch unmittelbar vor der Küste ereignete, war die Vorwarnzeit zu knapp. Bereits kurz nach 7 Uhr hatte die vier Meter hohe Welle die Hauptinsel Upolu erreicht. Sie zerstörte über 20 Hotels an der Südküste der Insel, der beliebtesten Urlaubsregion. Dort hielten sich zum Unglückszeitpunkt viele Urlauber aus Australien und Neuseeland auf, da dort gerade Schulferien waren. Die eingehende Warn-sms kam zunächst nur in samoanischer Sprache, so dass viele Touristen erst nach Aufforderung des Hotelpersonals in das Landesinnere bzw. zu höher gelegenen Orte fliehen konnten. Über 146 Menschen starben in den Fluten, vor allem Kinder und ältere Menschen, die sich nicht schnell genug retten konnten. Die Welle zerstörte 200 Dörfer, insgesamt wurden 15.000 Menschen obdachlos. Nach Augenzeugenberichten soll das Wasser bis zu 800 Meter ins Landesinnere gereicht haben.

Auch der angrenzende Staat Amerikanisch-Samoa war betroffen. Hier erreichten vier aufeinanderfolgende Tsunami-Wellen mit einer Höhe von bis zu sechs Metern die Küste. 19 Menschen starben. Die Hauptstadt Pago Pago wurde schwer zerstört.

Die Ausläufer des Tsunamis erreichten auch die Insel Niuatoputapu (Königreich Tonga) mit ihren rund 1.600 Bewohnern. Hier starben zehn Menschen im Wasser. Die drei aufeinanderfolgenden Wellen waren ebenfalls bis zu sechs Meter hoch und drangen 600 m tief ins Landesinnere vor.

Genauere Opferzahlen sind bis dato nicht bekannt, einige Quellen sprechen von insgesamt 190 Toten auf den drei betroffenen Inseln. Unter den Verletzten befand sich auch ein deutsches Ehepaar aus Berlin. Die auf Samoa lebenden 25 Deutschen blieben unverletzt, wie der deutsche Honorarkonsul in Apia, Arne Schreiber, mitteilte.

Die Regierungen der Länder riefen den nationalen Notstand aus. Die Vereinten Nationen und das internationale Rote Kreuz entsandten Mitarbeiter und Hilfsgüter wie Nahrungsmittel und Trinkwasser. Durch die schnelle internationale Hilfe konnte das Ausbreiten von Epidemien verhindert werden. Pazifische Anrainerstaaten schickten unverzüglich und ohne große bürokratische Hürden Medikamente, Trinkwasser, Zelte und Baumaterial zum Wiederaufbau der zerstörten Gebäude. Aus den Pazifikstaaten wurden auch Gelder überwiesen. Die Europäische Union machte 1,5 Millionen Euro aus einem Nothilfefonds frei. Hilfsorganisationen wie Caritas Australia, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen UNICEF und Oxfam International veröffentlichten Spendenaufrufe im Internet, auch der Hamburg-Samoanische Club e.V. (eine private gemeinnützige Initiative aus Hamburg) wurde aktiv und schickte ein Vereinsmitglied mit Spenden und Gütern nach Samoa. (*Tsunami Alert 02.10.09, Oceania Flash 02.10.09, Flash d'Océanie 30.09.09, 05.10.09, Rongorongo*)

*Man 02.10.09, diverse Pressemitteilungen des Government of Samoa online, Radio NZ International)*

### Frankreich macht Moruroa zur Gedenkstätte

**Französisch-Polynesien:** Auf Betreiben des französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy hat der französische Senat in seiner Sitzung vom 6. November die Atolle Moruroa und Hao im französischen Überseegebiet Französisch-Polynesien zu „Orten der Erinnerung“ ernannt. Beide Atolle sollen an die nukleare Vergangenheit erinnern. In der Begründung des Senats heißt es:

*« ... Moruroa et Hao comme lieux de mémoire (centre de la mémoire et expression de reconnaissance de la Nation aux personnes qui ont participé aux essais nucléaires), et comme lieux de connaissance scientifique et environnementale (activités de recherche et d'observation). »*

Die Polynesier sollen danach stolz darauf sein, im „Namen der nationalen Verteidigung geopfert worden zu sein“, interpretiert die polynesischen Atomtestveteranenvereinigung „Moruroa e tatou“ die Ernennung der radioaktiv verseuchten Atolle zu „Stätten des Gedenkens und des französischen Nationalstolzes“.

„Moruroa e tatou“ lehnt eine Gedenkstätte für die Opfer der Verstrahlung nicht generell ab, sondern setzt sich ganz im Gegenteil bereits seit 2006 für den Bau eines „Friedensmuseum“ in der tahitianischen Hauptstadt Papeete ein. Nach den Vorstellungen von Moruroa e tatou-Präsident Roland Oldham könne dieses Museum ein ähnlicher Ort wie die Gedenkstätten im japanischen Nagasaki und Hiroshima sein. Es sei aber mehr als zynisch, die unbewohnten und radioaktiv verstrahlten Testgelände zu nationalen Gedenkstätten zu erheben. Stolz sein könne die „Grande Nation“ erst recht nicht auf ihre nukleare Vergangenheit, so der Tenor

mehrerer Pressemitteilungen der Atomtestveteranenvereinigungen aus Tahiti und aus Frankreich (AVEN, Association des Vétérans des Essais Nucléaires). Es sei geradezu menschenverachtend, dort ein Museum bzw. eine Gedenkstätte einzurichten, wie vom Sekretariat für die französischen Überseegebiete im Innenministerium vorgeschlagen.

Dieser Einschätzung schloss sich die deutsche „Gesellschaft für bedrohte Völker“ (GfbV) an. Der Asien-Pazifik-Beauftragte der GfbV, Ulrich Delius, sagte: *„Die Maohi-Ureinwohner haben keinen Grund, auf Frankreichs Atomkolonialismus stolz zu sein. Die Atomtests haben viele ihrer Inseln und zehntausende Menschen verstrahlt. Außerdem wurden mehrere große Atommülldeponien geschaffen, deren Sicherheit nicht gewährleistet ist.“* Moruroa sei eine radioaktive Zeitbombe für den gesamten Pazifik, da das Atoll löcherig wie ein Schweizer Käse sei.

Besonders zynisch: Erst im Oktober hatte der französische Senat ein Gesetz zur Entschädigung von Atomtestopfern in begrenztem Umfang verabschiedet. Auch dieses Gesetz war von den Atomtestveteranenvereinigungen stark kritisiert worden. Es erfordert Einblick in die französischen Gesundheitsakten der Betroffenen sowie einen Rechtsbeistand, um nachweisen zu können, dass Krankheiten der eigenen Person oder der Familienangehörigen unmittelbar auf radioaktive Verstrahlung im Testzeitraum zurückzuführen sind. Die Behörden verweigern den meisten ehemaligen Testarbeitern bislang den Zugang zu ihren Akten und einen Anwalt kann sich meist nur leisten, wer finanziell von „Moruroa e tatou“ unterstützt wird. Immerhin gelang es den Rechtsanwälten dieser Nichtregierungsorganisation in der Vergangenheit mehrfach, bescheidene Entschädigungsleistungen wie etwa eine Versehrtenrente oder eine Hinterbliebenenrente zu erlangen. (<http://www.gfbv.de/pressemit.php?id=2065&highlight=Moruroa>, Radio NZ International

02.11.09, [www.schattenblick.de](http://www.schattenblick.de), Pressemitteilungen von AVEN und von Moruroa e tatou im Oktober und November 2009)

## Island unterstützt pazifische Inselstaaten

**Island:** Mit dem im September 2008 von Island eingerichteten Fonds „Island Growth Initiative“ werden in diesem Jahr erstmals die Marshallinseln unterstützt. Das gab die 66-jährige isländische Premierministerin Johanna Sigurdardottir am Rande eines Treffens der Vertreter beider Staaten bei den Vereinten Nationen in New York bekannt. Mit Geldern aus dem Fonds sollen vor allem Projekte zur Förderung der Gleichstellung von Frauen sowie Maßnahmen im Kampf gegen häusliche Gewalt gegen Frauen finanziert werden.

Natürlich sei der Klimawandel ein großes Gesprächsthema im Pazifik, erklärte Sigurdardottir, doch müssten auch andere akute soziale Probleme und Missstände konkret angegangen werden. Mit 149.000 US Dollar fördert Island beispielsweise die Frauenrechtsorganisation „Women united together Marshall Islands“ (WUTMI), die die marshallische Regierung dabei unterstützt, das Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) zu implementieren.

*Info:* Der ehemalige isländische Premierminister Geir Haarde hat den Fonds „Island Growth Initiative“ im September 2008 eingerichtet. Die Gelder sollen nur kleinen Inselstaaten zu Gute kommen, die aufgrund ihres Status als Inseln als „natürliche Alliierte von Island“ betrachtet werden. Es gehe darum, Gemeinsamkeiten der Inselstaaten zu fördern, etwa im Bereich von Fischerei oder der Nutzung alternativer Technologien. Mit den Geldern sollen schwerpunktmäßig die Armutsverringerung, der Kampf gegen den Klimawandel und gegen die Benachteiligung von Frauen so-

wie die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen unterstützt werden. (*Marshall Islands Journal* 25.09.09, [http://www.un.org/News/briefings/docs//2008/080923\\_Island\\_Growth.doc.htm](http://www.un.org/News/briefings/docs//2008/080923_Island_Growth.doc.htm))

## Historisches Abkommen zum Meeresschutz

**Pazifik:** Am 23. September haben Vertreter der USA und von Kiribati ein historisches Abkommen zum Schutz der Meere unterzeichnet. Der Präsident von Kiribati, Anote Tong, und eine Vertreterin des amerikanischen Innenministeriums unterzeichneten ein „Verschwisterungsabkommen“ ihrer beiden Meeresschutzgebiete. Zukünftig werden die Umweltbehörden beider Staaten beim Schutz und der nachhaltigen Bewirtschaftung des „Papahānaumokuākea Marine National Monument“ (nordwestliche Hawai'i-Inseln) und der „Phoenix Islands Protected Area“ (Phönix-Inseln in der Republik Kiribati) zusammenarbeiten. Mit einer Fläche von zusammengekommen etwa 772.575 Quadratkilometern nehmen diese beiden Schutzgebiete dann 25 % der weltweit unter Schutz stehenden Meeresfläche ein.

Das Schutzgebiet in Hawai'i wurde 2006 mit einer Fläche von 362.075 Quadratkilometern ausgewiesen. Geschützt werden sollen vor allem die Korallenriffe. In diesen Riffen leben über 7.000 Lebewesen, von denen Eindrittel in Hawai'i endemisch ist.

2008 wurde mit einer Fläche von 410.500 Quadratkilometern die „Phoenix Island Protected Area“ in Kiribati eingerichtet, das größte zusammenhängende Umweltschutzgebiet der Erde. Hier geht es neben dem Schutz der einzigartigen Vogelwelt auf den Inseln vor allem um den Schutz der in der Tiefsee lebenden Tiere und Organismen.

Beide Schutzgebiete wurden in diesem Jahr von ihren jeweiligen Regierungen zur Aufnahme in die Naturerbe-Liste der UNESCO

angemeldet. (Rongorongo Man  
25.09.09, Pressemitteilung auf  
<http://papahanaumokuakea.gov/welcome.html>,  
[www.noaa.gov/stories2009/20090923\\_mpa.html](http://www.noaa.gov/stories2009/20090923_mpa.html))

## Das „Tahiti-Projekt“ als Modellversuch

**Tahiti:** Das Buch „Das Tahiti-Projekt“ des Hamburger Wissenschaftsjournalisten Dirk Fleck hat zwei Studenten der Universität Nordhausen zu einem Modellversuch auf der Insel Tahiti ange-regt. Raphael Mutter und Kimberley Ellis haben bei ihrem dreimonatigen Aufenthalt in Tahiti versucht in Erfahrung zu bringen, wie man die für die Insel benötigte Energie zu 100 % aus erneuerbaren Energien erzeugen kann. Die Studenten wollen die in Flecks Buch beschriebene Fiktion einer von fossilen Treibstoffen unabhängigen Welt in die Realität umsetzen. Über die Durchführung ihrer Machbarkeitsstudie hatten die Nachwuchsforscher online in einem Internettagebuch berichtet. Dieser „Blog“ zog weltweit so viel Aufmerksamkeit auf sich, dass eine regelrechte „Tahiti-Bewegung“ ausbrach: Aus dem Zukunftsroman „Das Tahiti-Projekt“ - für das Fleck übrigens im Juni den „Deutschen Science Fiction Preis 2009“ bekam - soll nun Wirklichkeit werden.

*Info:* Der Ökothriller beschreibt die Welt im Jahr 2022: Im Südpazifik ist das Konzept des sogenannten Equilibriismus weitgehend verwirklicht; engagierte Menschen haben für ein Gleichgewicht von Ökologie, Wirtschaft, Politik, Kultur, Recht und Soziales gesorgt. Die im Buch beschriebenen Lösungen sind keine Fiktion, sondern existieren bereits. *„In einem weltweit einzigartigen Modellprojekt werden sie nun zusammen geführt. Damit soll ein Vorbild für zukunftsfähiges Leben auf unserem Planeten entstehen, das zur weltweiten Nachahmung einlädt“*, heißt es auf der Internetseite von „Tahiti-Virus“. So lautet der Name des Fortsetzungsro-

manes, an dem Dirk Fleck seit Juli des Jahres schreibt.

Die Macher des Projekts, darunter der Autor selber und die beiden Studenten, wollen ihren ehrgeizigen Plan auf Tahitis Nachbarinsel Moorea verwirklichen. Da dort etwa 16.000 Menschen leben, suchen sie online nach 16.000 Unterstützern aus der Europäischen Union. Diese „Paten“ sollen mit ihrem Namen und ihrer Email-Adresse, die sie auf der Internetseite hinterlegen können, das Modellprojekt befürworten und damit zu erkennen geben, dass sie sich von dem Projekt auch positive Anstöße für ihre eigene Region erhoffen.

Eine Übersetzung von „Das Tahiti-Projekt“ ins Französische ist bereits erfolgt, so dass die Einwohner und die Regierung von Französisch-Polynesien idealerweise mit in das Projekt einbezogen werden könnten. Der Werdegang des Modellprojekts wird von einem Dokumentarfilmer begleitet, während der Roman „Das Tahiti-Projekt“ als Spielfilm ins Kino und ins Fernsehen kommen soll. Fleck kooperiert dabei eng mit dem Verein „Equilibriismus“, auf dessen 1995 veröffentlichtes Sachbuch Equilibriismus – Neue Konzepte statt Reformen für eine Welt im Gleichgewicht er sich in seinem Zukunftsroman bezieht. (<http://www.tahiti-projekt.org/>, <http://tahiti-virus.blogspot.com/>, <http://www.tahiti-virus.org/>, <http://www.equilibriismus.de/>)

## Klimawandel als Top-Thema in New York

Die 64. Generalversammlung der Vereinten Nationen Ende September in New York stand ganz im Zeichen des Klimawandels. Eine große Delegation pazifischer Staats- und Regierungschefs war in die Staaten gereist, insgesamt neun pazifische Vertreter konnten sich u.a. zum Thema Klimawandel vor den UN äußern. So sprachen der damals noch amtierende Präsident der Marshallinseln Litokwa Tomeing, der vanuatische Premierminister Edward Natapei, der tonganische Premier-

minister Dr. Fred Sevele, der Vizepremier der Salomonen Fred Fono, Präsident Johnson Toribong von Palau, der Interims-Premierminister aus Fidschi Frank Bainamarama, der Präsident der Föderierten Staaten von Mikronesien Emmanuel Mori sowie Anote Tong, Präsident von Kiribati.

Die pazifischen Vertreter nahmen gemeinsam mit Kollegen aus anderen Inselstaaten auch am Klimagipfel teil, den die „Alliance of Small Islands States“ (AOSIS) am Rande der UN-Vollversammlung durchführte. Die 42 Teilnehmer des Klimagipfels verabschiedeten im Hinblick auf die Weltklimakonferenz COP 15 vom 7. bis 18. Dezember 2009 im dänischen Kopenhagen folgende Erklärung, die hier im englischen Original abgedruckt folgt. Die Staats- und Regierungschefs der kleinen Inselstaaten verliehen u.a. ihrer Forderung nach einer Begrenzung des globalen Temperaturanstieges von unter 1,5 Grad Celsius Ausdruck. (ABC Australia 28.09.09, Fiji Sun 24.09.09, Declaration on Climate Change 2009 der AOSIS, <http://www.un.org/ga/64/agenda/agenda.shtml>)

*We, the Member States of the Alliance of Small Island States (AOSIS), meeting in New York this 21st day of September, Gravelly concerned that climate change poses the most serious threat to our survival and viability, and, that it undermines our efforts to achieve sustainable development goals and threatens our very existence;*

*Alarmed that emerging scientific evidence shows that the effects of human-induced climate change are worse than previously projected and that the impacts of climate change which we are already experiencing including sea level rise, more frequent and extreme weather events, ocean acidification, coral bleaching, coastal erosion, and changing precipitation patterns, will further intensify;*

*Greatly disturbed that despite the mitigation commitments made by Parties to the United Nations*

Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) and its Kyoto Protocol, especially those of the developed countries, global emissions continue to increase, leading to rapidly accelerating impacts, accompanied by costs and burdens that are beyond the ability of many, but, especially the small island developing states (SIDS) and other particularly vulnerable countries, to control;

*Profoundly disappointed* by the lack of apparent ambition within the international climate change negotiations to protect SIDS and other particularly vulnerable countries, their peoples, culture, land and ecosystems from the impacts of climate change and our further concern at the slow pace of these negotiations;

1. *Now therefore*, we, call upon the international community, with the developed countries taking the lead, to undertake urgent, ambitious and decisive action to significantly reduce emissions of all green house gases, including fast action strategies, and to support SIDS, and other particularly vulnerable countries, in their efforts to adapt to the adverse impacts of climate change, including through the provision of increased levels of financial and technological resources.

2. We underscore that adaptation must be an urgent and immediate global priority.

3. We firmly maintain that the UNFCCC is the primary international, intergovernmental forum for negotiating the global response to climate change.

4. We reaffirm the principles enshrined in the Rio Declaration and the UNFCCC and its Kyoto Protocol, in particular, the principle of common but differentiated responsibilities and respective capabilities having regard to national circumstances, and, the precautionary principle.

5. We urge all Parties to work with an increased sense of urgency and purpose towards an ambitious, comprehensive and meaningful outcome that preserves the legal nature of the international climate change regime and the existing commitments

under the UNFCCC and its Kyoto Protocol.

6. We assert thus that the outcome to be concluded at the fifteenth session of the Conference of the Parties to the United Nations Framework Convention on Climate Change in Copenhagen in 2009 should inter alia:

a. Use the avoidance of adverse climate change impacts on SIDS as one of the key benchmarks for assessing its appropriateness, consistent with the precautionary principle and the principle of prevention;

b. Adopt a package of mitigation activities, now, up to and beyond 2012 that provides for:

i. long-term stabilization of atmospheric greenhouse gas concentrations at well below 350ppm CO<sub>2</sub>-equivalent levels;

ii. global average surface temperature increases to be limited to well below 1.5° C above pre-industrial levels;

iii. global greenhouse gas emissions to peak by 2015 and decline thereafter;

iv. reductions in global greenhouse gas emissions by more than 85% below 1990 levels by 2050

v. Annex I parties to the UNFCCC to reduce their collective GHG emissions by more than 45% below 1990 levels by 2020, and more than 95% below 1990 levels by 2050, given their historical responsibility;

vi. A significant deviation from business as usual by developing countries through measurable, reportable and verifiable nationally appropriate mitigation actions in the context of sustainable development, supported and enabled by technology, financing and capacity-building, in a measurable, reportable and verifiable manner.

c. Provide SIDS with new, additional, predictable, transparent and adequate sources of grant-based financing to fully meet the adaptation needs of these particularly vulnerable countries, and ensure for SIDS that access is timely, direct, prioritized and simplified.

d. Call for an urgent and significant scaling up of the provision of financial resources and investment that is adequate, predictable and sustainable to support action on mitigation in developing country Parties for the enhanced implementation of national mitigation strategies; including positive incentives, the mobilization of public- and private-sector funding and investment and facilitation of carbon-friendly investment choices.

e. Ensure that renewable energy and energy efficiency form essential pillars of future mitigation actions by all countries, taking into account national circumstances.

f. Establish a mechanism to address loss and damage from climate change comprised of a disaster risk component, insurance, and compensation funds, to help SIDS manage the financial and economic risks arising from climate impacts; to assist in the rapid recovery and rehabilitation from climate related extreme weather events and to address unavoidable damage and loss associated with the adverse effects of climate change.

g. Provide support to SIDS to enhance their capacities to respond to the challenges brought on by climate change and to access the technologies that will be required to undertake needed mitigation actions and to adapt to the adverse impacts of climate change, noting the obligations of Annex 1 countries under the UNFCCC in this regard;

7. In our voluntary efforts to defeat deforestation and increase carbon sequestration, finance, technology and capacity development is necessary to underpin a step-wise process for reducing emissions and increasing carbon sequestration through the conservation and sustainable management of forest crops which are good carbon dioxide sequestrators.

Based on national circumstances, a well designed REDD Plus instrument will require resource mobilization from a variety of sources, including public, private and market-based, as appropri-

ate1, that employ robust methodological standards for measurable, reportable and verifiable actions. Robust environmental integrity will need to be maintained if a REDD mechanism is linked to the international carbon markets.

8. Acknowledging the portfolio of technologies identified by the Intergovernmental Panel on Climate Change to achieve lower stabilization levels, including hydropower, solar, wind, geothermal and bioenergy and determined to avail ourselves of such technologies as appropriate and based on their feasibility and applicability, we encourage, where applicable, national, regional and international efforts for consideration of a process to overcome technical, economic and policy barriers with a view to facilitating the development and commercialization of appropriate and affordable low- and zero- emission technologies.

9. We further recognize that the inclusion of Carbon Capture and Storage (CCS) is potentially an important mitigation option for achieving the ambitious emission reduction targets being supported by AOSIS and urge the development of a program of work on Carbon Capture and Storage in order to resolve related issues.

10. We also emphasize that there is an urgent need to consider and address the security implications and the human dimensions of climate change, including where necessary, initiatives for preparing communities for relocation.

11. We underscore that while SIDS contribute the least to global emissions, and have limited human, financial and technical resources, our nations continue to take significant actions towards the reduction of our own emissions including through regional and inter-regional energy initiatives.

12. We also recognize the need to reinforce the UNFCCC process by calling on the big emitters to agree to produce enough clean energy to attain the targets of limiting temperature rise to 1.5 degree Celsius and 350 parts per million of atmospheric greenhouse gas concentrations.

13. Finally, we express our support for the establishment of the Headquarters of the UNFCCC Adaptation Fund Board in Barbados.

14. We, the Member States of AOSIS, strongly emphasize the importance of urgent progress towards a fair and meaningful Copenhagen outcome which, through safeguarding the most vulnerable countries, ensures a truly shared and sustainable global vision for our present and future generations.

(<http://www.sidsnet.org/aosis/documents/AOSIS%20Summit%20Declaration%20Sept%2021%20FINAL.pdf>)

## MELANESIEN

### PAPUA-NEUGUINEA

#### Proteste gegen geplante Thunfischfabriken

In der Küstenstadt Madang haben am 15. Oktober über 500 Menschen gegen den geplanten Bau von zehn Thunfischfabriken protestiert. Oppositionsführer Sir Mekere Morauta hatte sich spontan dem Protestzug angeschlossen. Die Demonstranten übergaben Provinzgouverneur Sir Arnold Amet und Handels- und Wirtschaftsminister Gabriel Kapris eine Petition.

Die überwiegend Bel-sprachigen Bewohner aus acht Dörfern im betroffenen Gebiet sind nicht damit einverstanden, dass bereits erste Bauarbeiten in der „Pacific Marine Industrial Zone“ (PMIZ) begonnen haben. Im Sinne der „Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte indigener Völker“ hätte man zuvor mit den Einheimischen sprechen müssen, hieß es auf Plakaten und in den Reden während der Demo. Zwar sehen die Menschen klare Vorteile beim Bau der Fabriken, wie etwa die Schaffung von Arbeitsplätzen, doch überwiegen in ihren Augen die Nachteile: Sie fürchten um ihre Fischgründe vor der Küste Madangs durch das Einlassen

von Abwässern aus der Fabrik. Die benachbarten Fischfabriken der philippinischen Firma „RD Tuna“ haben gezeigt, wie nachlässig mit der Abfallwirtschaft umgegangen wird. Es sei sogar schon vorgekommen, dass Vögel in offen stehende Thunfischkonservendosen geschissen hätten, hieß es aus der Runde der Protestler. Einige der Fabriken von „RD Tuna“ mussten wegen dieser katastrophalen Hygieneverhältnisse bereits schließen.

Ein weiteres Problem: Die in den Fabriken angestellten Arbeiter – meist handelt es sich um Frauen am Fließband - verdienen mit 80 Kina (ca. 20 €) in 14 Tagen unterdurchschnittlich wenig. Besonders problematisch wird die zu erwartende Prostitution gesehen. Die meist illegal aus asiatischen Nachbarländern eingereisten Frauen und Mädchen verkaufen sich erfahrungsgemäß nahe solcher Großanlagen gegen Geld bzw. gegen Fische („sex for tuna-trade“). Die Provinzbewohner fürchten auch eine gewisse „Überfremdung“ durch den Zuzug chinesischer Fabrikarbeiter.

Die PMIZ ist ein Gemeinschaftsprojekt der neuguineischen Regierung und einer chinesischen Investmentfirma. Auch die Regierung von Japan und der Fischproduzent „RD Tuna“ wollen in das 300 Millionen US Dollar teure Projekt investieren. In dem 2.160 Hektar großen Industriegebiet bei Vidar an der „North Coast Road“ sollen mit finanzieller Unterstützung der Weltbank zehn Thunfischfabriken entstehen. Dazu gehören Verarbeitungsfabriken, Hafenanlagen und Lagerunterkünfte für die 30.000 Angestellten. Der offizielle Spatenstich erfolgte bereits im Juni 2009. (*Islands Business, November 2009, S. 32, The National 24.10.09, www.regenwald.org*)

## „Seacology“ zeichnet Subsistenzbauern aus

Die amerikanische Umweltschutzorganisation „Seacology“ hat den von ihr jährlich verliehenen Umweltschutzpreis an Filip Damen aus Wanang verliehen. Der Landeigner und Subsistenzbauer aus der Madang-Provinz erhielt den mit 10.000 US Dollar dotierten Preis am 8. Oktober vor rund 100 geladenen Gästen bei einer feierlichen Zeremonie im „Aquarium of the Bay“ in San Francisco (Kalifornien). Damen wurde von Dr. George Weiblen, Biologieprofessor von der „University of Minnesota“ begleitet, der in Damens Heimatregion seit über einem Jahrzehnt den tropischen Regenwald erforscht.

Die Umweltorganisation Seacology ehrt mit ihrem Preis bewusst Menschen, die sonst keinerlei mediale Aufmerksamkeit bekommen und der Öffentlichkeit nicht bekannt sind. Seit 1992 wurde der Preis an 18 Umweltschützer vergeben, die auf lokaler Ebene zum Umweltschutz beitragen.

Vor rund zehn Jahren erwog die Regierung von Papua-Neuguinea die Vergabe von Holzeinschlagslizenzen für den Tieflandregenwald am unteren Ramu-Fluß. Der Landeigner Filip Damen, bis dahin ein Analphabet ohne Schulbildung, erkannte die Gefahr und brachte sich im Selbststudium Lesen und Schreiben bei. Er gründete eine lokale Umweltabeitsgruppe und überredete die Dorfoberhäupter von elf Dörfern entlang des unteren Ramu-Flusses zur Unterzeichnung eines Abkommens zur Bewahrung der Regenwälder. Den betroffenen Dörfern gelang es, ihr Gebiet von der Regierung zu einer Schutzzone ausweisen zu lassen, in der kein Holz geschlagen werden darf. Damit wurden rund 25.000 Hektar Tieflandregenwald vor der Abholzung bewahrt.

In Zusammenarbeit mit der Regierung und dem „Bintang Research Center“ gelang es Damen auch, Ausbildungsmöglichkeiten

für Jugendliche im Bereich Umwelt- und Waldschutz zu schaffen. Auf sein Engagement hin wurden eine Schule und eine Gesundheitsstation in Wanang gebaut.

Die Menschen am unteren Ramu praktizieren Wanderfeldbau, fischen im Wanang-Fluß und jagen wilde Schweine und Kasuare im Wald.

*Info:* Die Umweltschutzorganisation Seacology (die zwar laut Homepage auch in Berlin am Kurfürstendamm eine Dependence unterhält, dort aber nicht erreichbar ist) sucht nach 'win-win' Lösungen, in denen die Umwelt geschützt wird und Inselbewohner als Ausgleich einen für sie attraktiven Gegenwert erhalten. Inselkultur, Korallenriffe und Natur werden u.a. durch Einrichtung von Schulen, Krankenhäusern, Kindergärten, sanitären Anlagen etc. unterstützt.

Zum Beispiel wurde in Falealupo (Samoa) von Seacology eine dringend benötigte Schule gebaut im Gegenzug für die Einrichtung eines 12.000 Hektar großen Waldreservates.

In Vuna Village (Fidschi) errichtete Seacology einen Kindergarten im Austausch für die Abgrenzung eines 1.900 Hektar großen Regenwaldreservats, sowie zweier Marineschutzbereiche, die zusammen 1.204 Hektar ausmachen.

194 Projekte in 41 Ländern konnten in diesem Sinne bisher von Seacology realisiert werden. Im Pazifik ist Seacology in folgenden Ländern vertreten: Amerikanisch-Samoa, Australien, Cookinseln, Fidschi, Französisch-Polynesien, Hawai'i, Papua-Neuguinea, Samoa, Salomonen, Tahiti, Tonga, Tuvalu und Vanuatu. (*Pressemitteilung auf <http://www.seacology.org/prize/index.htm>, <http://www.seacology.de/home/home.php>, PIR 01.10.09, Islands Business, November 2009, S. 48*)

## „New Britain Palm Oil“ schließt Vertrag mit Ferrero

Die „New Britain Palm Oil Limited“ (NBPO) hat über ihren einzigen Auftragnehmer, die „Pacific Rim Plantation Services Pte Ltd“, einen fünfjährigen Vertrag mit dem Süßwarenhersteller Ferrero geschlossen. NBPO wird in den nächsten fünf Jahren sein Palmöl an Ferrero liefern. Dazu wird die auf der Insel Neubritannien ansässige Firma eigens in modernere Raffinerien investieren, um dem Reinheitsgebot des Ferrero-Konzerns zu entsprechen. Ebenso wie Ferrero ist die NBPO nach den Kriterien des „Roundtable on Sustainable Palm Oil“ (RSPO) zertifiziert. Dieses Siegel soll eine nachhaltige und umweltschonende Bewirtschaftung von Palmölplantagen beweisen.

Nick Thompson, Geschäftsführer von NBPO, zeigte sich erfreut über den Vertrag. Ferrero habe international einen sehr guten Ruf und setze sich ebenfalls für die nachhaltige Bewirtschaftung und Nutzung der für die Süßwaren benötigten Rohstoffe ein. Hier ergänzten sich zwei Partner, die ähnliche Ziele verfolgten. Dem schloss sich Alessandro Cagil, Direktor der Abteilung „Corporate Social Responsibility“ bei Ferrero, an. Das Palmöl aus Neubritannien sei von höchster Qualität und entspräche damit voll den Anforderungen des Konzerns.

*Info:* „New Britain Palm Oil“ ist ein industrieller Produzent von Palmöl in der australisch-pazifischen Region mit Hauptsitz in Papua-Neuguinea. Die Firma bewirtschaftet 44.500 Hektar an Palmölplantagen und hat zusätzlich über 30.000 Hektar Land gepachtet, wo in naher Zukunft sechs Ölmühlen, eine Raffinerie und eine Samen-Zuchtanlage entstehen sollen. NBPO züchtet seine eigenen Samen für die Öl-Palmen und vermarktet diese weltweit. Der Konzern arbeitet mit Kunden in Europa zusammen und verschifft seine Produkte direkt aus Port Moresby. Er ist notiert an der Londoner Börse und an der Börse

von Papua-Neuguinea. Nach eigenen Angaben legt NBPO Wert auf eine nachhaltige Bewirtschaftung von Plantagen und hat sich deshalb freiwillig dem RSPO-Zertifizierungsprozess unterzogen. Palmöl-Experten aus Deutschland bewerten jedoch die Arbeitsweise des Konzerns nicht ganz so euphorisch.

Die in Italien und Luxemburg ansässige „Ferrero Group“ beschäftigt weltweit 20.000 Angestellte in 36 Unternehmen und 18 Fabriken. Sie legt Wert auf die handwerkliche Verarbeitung von Süßwaren und bedient sich nur hochwertiger Rohstoffe. Weltweit bekannte und beliebte Ferrero-Produkte sind etwa die Kinder-Schokolade, Nutella, Tic-Tac und Rocher. (<http://www.nbpol.com.pg>, <http://www.ferrero.com>, <http://www.pacrimsoils.com>, Pressemitteilung von Ferrero, Oktober 2009, <http://www.rspo.org>)

### Leihbüchereien für Kinder eröffnet

Vier Leihbüchereien für Kinder konnten kürzlich in Port Moresby eröffnet werden. Die Büchereien entstanden aus einer privaten Initiative: Sophie-Anne Hermann, Ehefrau des australischen Hochkommissars in Papua-Neuguinea, war entsetzt, dass sie nirgendwo in Port Moresby Kinderbücher für ihre 18 Monate alte Tochter ausleihen konnte. Mit Hilfe lokaler Geschäftsleute und Sponsoren konnten zwei Schiffscontainer mit englischsprachigen Kinderbüchern aus Australien verschifft werden. Diese Bücher bilden den Grundstock der über das ganze Stadtgebiet verteilten vier Leihbüchereien. Für die Betreuung der Büchereien wurden Grundschullehrer in Vollzeit angestellt.

Bei der Eröffnungsfeier der neuen Büchereien mit dem Namen „Buk Bilong Pikinini“ (Bücher für Kinder) sagte Ministerin Dame Carol Kidu, diese seien ein anschauliches Beispiel dafür, was aus der Initiative einer Einzelperson entstehen könne. Generalgouverneur Sir Paulius Matane, selbst

ein begeisterter Leser und Autor, erhofft sich von den Leihbüchereien die Verringerung der Illiteratilität unter Kindern und Jugendlichen, wie er in seiner Ansprache bei der Einweihung betonte.

Wenn die Büchereien gut angenommen werden, sollen zwei weitere Zweigstellen in Port Moresby, eine dritte in Lae und eine vierte in Goroka eröffnet werden. (*Radio Australia* 12.11.09, *VSO* 16.11.09)

### Männer nach zwei Monaten auf See geborgen

Zwei Monate nach ihrem Verschwinden sind fünf Männer aus Seenot gerettet worden. Ein Hubschrauber des amerikanischen Langleinenschleppers „Ocean Encounter“ aus San Diego hatte das kleine Boot mit seinen sieben Insassen an Bord nördlich der Insel Nauru auf offener See entdeckt und aufgebracht. Zwei Männer, Clement Singazoa und Samuel Savor, starben noch auf dem Weg ins Krankenhaus nach Majuro (Marshallinseln), die anderen fünf wurden mit schwerer Unterernährung und Sonnenbrand eingeliefert. Die „Ocean Encounter“ war zum Fischen unterwegs, als sie das Boot rund 480 Kilometer entfernt von Papua-Neuguinea sichtete.

Die Männer aus Lihir waren zu acht am 14. September von der Insel Tabar (Insel Neuirland) aufgebrochen, um auf ihre Heimatinsel Lihir zurückzukehren. Auf der nur 51 Kilometer langen Strecke ging dem Motorboot das Benzin aus und es begann nordöstlich zu driften. Der 17-jährige Michael Kolvir wurde während eines Sturmes über Bord gespült und ertrank. Die verbliebenen sieben Männer hatten nur eine Plastikplane an Bord. Mit Plastiktüten, die sie aus dem Meer fischten, fingen sie Regenwasser zum trinken auf. Vorbeischwimmendes Treibholz bargen sie, brachen es in kleine Stücke, trockneten diese und aßen sie dann auf. Nach eigenen Aussagen hatten die Män-

ner während der zwei Monate auf See öfter Fischerboote gesichtet, die aber auf ihre Hilferufe nicht reagierten. (*Radio NZ International* 17.11.09, *Nauru News* 19.11.09, *Marshall Islands Journal* 20.11.09)

### Massenausbruch aus Gefängnis

Ein Dutzend Wärter der Haftanstalt von Bomana sind entlassen worden, nachdem sie einen Massenausbruch von 54 Straftätern nicht verhindern konnten. Die Gefangenen hatten ein Rugbyspiel zwischen Australien und Papua-Neuguinea genutzt, um aus dem Gefängnis auszubrechen. Das australische Team war im „Llyod Robson Oval“ gegen eine Auswahl von neuguineischen Rugbyspielern angetreten, die Premier Michael Somare persönlich ausgewählt hatte. Nach Angaben der polizeilichen Ermittler waren die Wärter durch das spannende Spielgeschehen dermaßen abgelenkt, dass sie ihrer Aufsichtspflicht nicht sorgfältig genug nachkamen. Unter den entflohenen Sträflingen befinden sich auch zahlreiche Schwerverbrecher, also Mörder und Vergewaltiger. Bis dato konnte die Polizei nur vier Entflozene fassen.

Im Gefängnis von Bomana, das über einen Männer- und einen Frauentrakt verfügt und rund 30 Minuten Fahrtzeit außerhalb von Port Moresby liegt, herrschen katastrophale Zustände. Nur 30 Wärter sind für die über 600 Insassen zuständig. Bereits in der Vergangenheit war es öfter zu Massenausbrüchen gekommen, u.a. bei einem Freigang zum Besuch eines Gottesdienstes. Gefängnisdirektor Kommandant Michael Bine beklagte die desaströsen Zustände. Für einen entlassenen Gefangenen kämen 20 neue. Viele Insassen müssten Jahre auf ihren Prozess warten. Richard Sikani von der Strafvollzugsbehörde befürchtet zudem, dass einige Gefangene sich absichtlich von der Polizei erwischen lassen, um von den Vorteilen des Gefängnisaufenthaltes zu

profitieren. Hier gäbe es neben kostenloser Kleidung, Nahrung und Toilettenartikeln auch eine kostenlose ärztliche Versorgung sowie organisierte Freizeitvergnügungen. (dpa, ABC, Flash d'Océanie 28. u. 29. 09.09,

<http://aappng.blogspot.com/2009/06/headhunter-visits-bomana-jail.html>)

### Frauen erobern weitere Männerdomäne

Papua-Neuguinea ist seinem Ziel, den Forderungen der „Convention on the elimination of all forms of discrimination against women“ der Vereinten Nationen zu entsprechen, wieder einem Stück nähergekommen. Mit der Aufnahme von Frauen in die Ausbildung zum Feuerwehrmann fiel eine weitere Männerdomäne. Am letzten zehnwöchigen Ausbildungslehrgang der Berufsfeuerwehr in Port Moresby nahmen erstmals neun Frauen teil. Diese äußerten sich gegenüber dem australischen Sender ABC zwar erfreut über die Möglichkeit zur aktiven Mitgliedschaft bei der Feuerwehr, beklagten aber dennoch die körperlichen Strapazen der Ausbildung. Chefausbilder Esau Maman ergänzte, dass sich die männlichen Kollegen erst noch an das Bild von Frauen in Feuerwehruniform gewöhnen müssten. Hier gelte es, Vorurteile gegenüber den „schwachen Frauen“ abzubauen.

(<http://www.un.org/womenwatch/daw/cedaw/>, ABC Radio Australia 19.10.09)

### Flüchtlinge zurückgeführt

Im Rahmen eines gemeinsamen Repatriierungsprogrammes der indonesischen und der neuguineischen Regierung haben 76 Flüchtlinge aus Westpapua freiwillig die Provinz Manus verlassen und sind in ihre Heimatregion Keron in der indonesischen Provinz Papua zurückgekehrt. Rund 95 % aller Westpapua-Flüchtlinge in Manus kommen aus dem Bezirk Keron.

Das Rückführungsprogramm wird von der indonesischen Regierung finanziert. Es wurde eingeführt, als Westpapua im Jahr 2001 eine gewisse Sonder-Autonomie innerhalb des Vielvölkerstaates Indonesien zugesprochen wurde. Die indonesische Regierung arbeitet dabei eng mit den Behörden von Papua-Neuguinea zusammen. Den meisten Flüchtlingen müssen zunächst offizielle Ausreisepapiere und Pässe ausgestellt werden, da sie ohne Dokumente illegal über die Grenze nach PNG geflüchtet waren. (The National 26.10.09)

### Michael Somare geehrt

Der neuguineische Premierminister Sir Michael Somare ist Mitte Oktober mit dem höchsten Verdienstorden der Salomonen geehrt worden. Der 73-jährige Politiker gehört damit zu dem kleinen elitären Kreis der Staatsoberhäupter, die den „Star of Solomon Islands“ verliehen bekommen haben. Der „Vater der Unabhängigkeit“ und „Big Chief“ der neuguineischen Geschichte wurde für seine außerordentlichen Leistungen beim Weg PNGs in die Unabhängigkeit 1975 ausgezeichnet. Mit dem Orden sollten auch seine Verdienste um das politische Wohlergehen der Salomonen gewürdigt werden, erklärte der Generalgouverneur der Salomonen, Frank Kabui, bei der Ehrung.

Der Orden ist nicht die erste Auszeichnung, die Somare aufgrund seiner Verdienste in der Politik erhielt. Die britische Königin Elizabeth ernannte ihn zum Sir und nahm ihn als Ritter in den wichtigsten britischen Orden, den „Order of St. Michael and St. George“ auf. Die Universität der Philippinen (im Jahr 1976), die Uni von Neukaledonien (im Jahr 2005) und die Universität von Tokio/Japan (im Jahr 2008) verliehen Somare die Ehrendoktorwürde (Doktor honoris causa).

Inzwischen hat Somare für 2012 seinen Rückzug aus der Politik

bekanntgegeben. Bei den nächsten Wahlen im Jahr 2012 werde er nicht mehr antreten, sagte er bei verschiedenen öffentlichen Auftritten in den letzten Wochen. (Flash d'Océanie 12.10.09, Solomon Times 23.10.09, ABC 05.11.09)

## BOUGAINVILLE

### Radio „New Dawn FM“ ausgezeichnet

Der lokale Radiosender „New Dawn FM“ hat als erste Medienorganisation im Pazifik den renommierten „Communications and Social Change Award“ (CSC) der australischen „University of Queensland“ zugesprochen bekommen. Der Lokalsender setzte sich gegen Bewerber aus 14 Ländern durch. Der Inhaber und Direktor des Senders, Aloysius Laukai, nahm den Preis in Queensland aus den Händen von Prof. Paul Greenfield, dem Vizekanzler der Universität, entgegen. Im Gepäck hatte Laukai ein neues Radiofeature über den Umsiedlungsprozess der Carteret Insulaner nach Tinputz auf der Insel Bougainville.

Bei seiner Laudatio sagte Prof. Greenfield, „New Dawn FM“ sei für seine Pionierarbeit im Radiowesen auf Bougainville geehrt worden. Mit geringen finanziellen Mitteln und einfachster technischer Ausrüstung sei es gelungen, aus dem Sender eine „Stimme für Versöhnung und Frieden“ zu machen. Vorbildhaft sei die Einbindung der Lokalbevölkerung in das Radioprogramm mit zahlreichen Live-Interviews. Mit Hilfe des Senders sei es gar schon zu Versöhnungszeremonien zwischen ehemals verfeindeten Klanen gekommen. „Wir sind offen für jeden“, versprach Laukai. Ziel des Senders sei es auch, die Bevölkerung auf das versprochene Referendum zur Unabhängigkeit vorzubereiten, machte der Radiobesitzer klar. Er kündigte zudem an, dass der Sender ein zweites Hörfunkstudio in Arawa aufbauen und sein technisches Equipment hochrüsten werde, um



dann auf der ganzen Insel empfangen werden zu können.

Der „Preis für Kommunikation und sozialen Wandel“ der Universität Queensland wird jährlich an diejenigen Organisationen vergeben, die sich mittels der Medien (Hörfunk, Print und TV) für soziale und gesellschaftliche Verbesserungen einsetzen. (*Post-Courier* 19.10.09, <http://bougainville.typepad.com/newdawn/>)

## Wahlen im Juni 2010

Die nächsten Wahlen des „Autonomous Bougainville Government“ (ABG) sind nun für den Juni 2010 datiert worden. Gewählt werden müssen die 39 Parlamentarier in der autonomen Provinzregierung. Der ABG-Beauftragte für die Wahlen, Reitama Taravaru, gab bereits den zeitlichen Ablauf für die Wahlen bekannt. Im März beginnt die Ausstellung der Wahlunterlagen durch die Wahlkommission. Diese muss bis Anfang April abgeschlossen sein. Die eigentlichen Wahlen finden dann zwischen dem 7. und 21. Mai 2010 statt. Anfang Juni werden die endgültigen Ergebnisse erwartet.

Taravaru erklärte, man habe bereits mit der Organisation begonnen. Ein Team der Wahlkommission von Festland-Neuguinea käme bereits im November nach Bougainville, um bei den Planungen zu helfen. Tatkräftige Unterstützung erhoffe man sich seitens der neuguineischen Wahlkommission (PNG Electoral Commission) auch im Hinblick auf die Ausbildung der freiwilligen Wahlhelfer, die Bewerbung des Urnengangs und die finanzielle Unterstützung des Wahlkampfs. Taravaru rechnet mit Kosten in Höhe von 3,8 Millionen Kina zur Durchführung der Wahl. Hilfe benötige man auch bei der Aufklärung der Bevölkerung. Dieser müsse man das relativ neu eingeführte Wahlsystem „Limited Preferential Voting“ genau erklären.

Im Vergleich zur ersten Wahl des

ABG im Jahr 2005 habe man sich nun entschlossen, den traditionellen „Rat der Ältesten“ mit in den Wahlprozess einzubinden. Diese traditionellen und gesellschaftlich hoch geachteten Klanoberhäupter könnten Wahlberechtigte zum Urnengang ermutigen und generell über die Wahlen aufklären, sagte Taravaru im Gespräch mit einem Redakteur der neuguineischen Tageszeitung „Post-Courier“.

Der amtierende ABG-Präsident James Tanis erklärte, die Wahlen in 2010 spielten eine entscheidende Rolle für die Zukunft Bougainvilles. Das dann gewählte Parlament müsse in seiner Amtszeit über die Durchführung eines Referendums entscheiden, das den zukünftigen politischen Status der Insel als entweder eigenständige Provinz innerhalb des Staates Papua-Neuguinea oder als unabhängigen Staat Bougainville beschließen muss. (*Post-Courier* 02.10.09, 12.10.09, *Radio NZ International*, 12.10.09, [http://www.commonwealth-of-nations.org/Papua\\_New\\_Guinea/Regional/Autonomous\\_Bougainville\\_Government/welcome](http://www.commonwealth-of-nations.org/Papua_New_Guinea/Regional/Autonomous_Bougainville_Government/welcome))

## Bildungsplan eingeführt

Als 14. Provinz (von 20) hat Bougainville Ende September den auf zehn Jahre angelegten nationalen Bildungsplan der neuguineischen Regierung eingeführt. Dazu fand am Isa Beach von Buka eine traditionelle Zeremonie statt. Vor den Augen von Schülern und Lehrern wurde das Bildungspaket im Kanu vom Meer an den Strand gepaddelt. Das Kanu, auch als „Mona“ bekannt, sollte die Weitergabe von Bildung und Erziehung von einer Generation zur nächsten symbolisieren. Am Strand angekommen überreichte Bildungsminister James Marape den Plan mit dem Titel „Achieving a better future“ an Fidelis Semo-so, Parlamentarier in der autonomen Provinzregierung von Bougainville. Marape hatte zusätzliche fünf Millionen Kina im Gepäck, die zur Renovierung und Ausstattung von Schulen in den

einzelnen Provinzen der Insel Bougainville genutzt werden sollen. Erklärtes Ziel der Regierung von Neuguinea sei es, allen schulpflichtigen Kindern bis zum Jahr 2015 einen Platz in einer Schule anbieten zu können. Bildung sei das höchste Gut einer Gesellschaft, sagte Marape weiter. Er lobte besonders die zuverlässigen Lehrer, die sich nicht scheuten, auch in abgelegenen Schulen „im Busch“ geregelten Unterricht durchzuführen. (*The National* 30.09.09)

## Tourismus als neue Einnahmequelle

Der Ausbau des Tourismus könnte eine neue wichtige Einnahmequelle für die Bevölkerung der Insel Bougainville werden – so das Credo des lokalen Tourenanbieters „Bougainville Experience Tours“. In Kooperation mit der einheimischen Filmproduktionsfirma „Elite Multimedia Productions“ hat der Reiseveranstalter diverse Werbefilme über die Insel gedreht und diese im Internet verbreitet. Der Manager von „Bougainville Experience Tours“, Zhon Bosco Miriona, sagte, man müsse den Touristen vermitteln, wie friedvoll und landschaftlich reizvoll die Insel sei. Bisher habe man sich vor allem bei Vogelkundlern einen guten Namen gemacht, die selbst aus Europa und Amerika anreisen, um seltene Vögel zu beobachten. Doch Bougainville könne mit weitaus mehr Touristenattraktionen aufwarten, wie etwa dem Windsurfen, Trekkingtouren durch den tropischen Regenwald oder Bergsteigen. Dieses Potential müsse man nutzen, um neue Einnahmequellen für die Lokalbevölkerung etwa im Bereich der Beherbergung und Verpflegung von Touristen zu schaffen, schlug Miriona bei einem Gespräch im Provinzparlament vor. (*Islands Post* 29.09.09)

## SALOMONEN

### PIF lobt Kampf gegen Korruption

Das Sekretariat des „Pacific Islands Forum“ (PIF) hat die Bemühungen der Salomonen im Kampf gegen Korruption und Vernetzung gelobt. Das Kabinett der Salomonen hatte im Oktober beschlossen, die „United Nations Convention against Corruption“ (UNCAC) im Jahr 2010 zu unterzeichnen.

Als Vorbereitung werden zurzeit landesweit Anti-Korruptions-Workshops durchgeführt. Eine eigens eingerichtete Kommission untersucht das Regierungssystem auf potentielle Korruptionsfälle.

Bereits 2004 hatte die 35. Mitgliedsversammlung der PIF-Mitgliedsländer dazu aufgerufen, sich der UNCAC anzuschließen. Auch der im Jahr 2005 von den PIF-Mitgliedsländern verabschiedete sogenannte „Pacific Plan“ hält dazu an, der Korruption in Politik und Wirtschaft Einhalt zu gebieten.

*Info:* Das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption (United Nations Convention against Corruption, UNCAC) vom 31. Oktober 2003 ist der erste weltweite völkerrechtliche Vertrag zur Bekämpfung der Korruption. Es verpflichtet die Vertragsparteien zur Bestrafung verschiedener Formen der Korruption gegenüber Amtsträgern und zur internationalen Zusammenarbeit. Die Konvention behandelt die Verhütung, Ermittlung und strafrechtliche Verfolgung der Korruption sowie das Einfrieren, die Beschlagnahme und die Einziehung von Erträgen aus Straftaten.

Am 14. Dezember 2005 trat die Konvention in Kraft. Bis dato haben 141 Staaten die UNCAC unterzeichnet, 117 Staaten haben sie ratifiziert. Folgende pazifische Staaten haben die Konvention

unterzeichnet (Neuseeland) bzw. bereits ratifiziert: Australien, Indonesien, Fidschi, Palau, Papua-Neuguinea sowie Timor-Leste. (Pressemitteilung PIF 15.10.09, <http://www.unodc.org/unodc/en/treaties/CAC/signatories.html>)

## FIDSCHI

### Neuer Präsident

Anfang November hat das Kabinett der Ernennung von Ratu Epeli Nailatikau zum Präsidenten zugestimmt. Er war bereits seit April des Jahres auf Ernennung durch das Militärregime Vize-Präsident und seit der – eher unfreiwilligen - Pensionierung des 88-jährigen Präsidenten Ratu Josefa Iloilo auch designierter Präsident.

Der am 5. Juli 1941 geborene Nailatikau blickt auf eine große militärische Karriere zurück, er brachte es bis zum Brigadegeneral. Über 20 Jahre diente er im Militär, bevor er sich für eine diplomatische Karriere entschied, die er über 17 Jahre verfolgte. Unter anderem war er eine Zeit lang fidschianischer Botschafter in Deutschland. Seit 1999 ist er aktiv in der Politik, zunächst ab 2001 als Sprecher des Repräsentantenhauses, später in verschiedenen ministeriellen Ämtern.

Seit 2005 ist Nailatikau der AIDS-Sondergesandte der Vereinten Nationen für die Region Pazifik (Special Representative for the Pacific, Joint United Nations Programme on HIV/AIDS).

Militärkommandant Frank Bainimarama, der am 5. Dezember 2006 putschte und im Januar 2007 vom damaligen Präsidenten Josefa Iloilo zum Interims-Premierminister des Landes ernannt wurde, wollte bewusst einen ehemaligen Militär in der Rolle des Präsidenten haben und hatte das Kabinett mehr oder minder offen zu dieser Wahl gedrängt. Erstmals wurde der Präsident nicht vom „Great Council of Chiefs“ (GCC) gewählt, sondern

vom Präsidenten des Obersten Gerichtshofes Anthony Gates nominiert und vom Kabinett bestätigt. Bainimarama hatte den Einfluss des GCC bereits 2007 so stark eingeschränkt, dass dieser de facto nicht mehr arbeits- und entscheidungsfähig ist. Der Interims-Premier kündigte eine weitere Neuerung an: So muss der Präsident - wie eigentlich in der Verfassung von 1997 festgelegt - kein indigener Fidschianer mehr sein, sondern kann jede beliebige Staatsbürgerschaft haben.

Die von Josefa Iloilo am 10. April 2009 ausgesetzte Verfassung will Bainimarama in naher Zukunft ändern. Außerdem kündigte er weitreichende Reformen in Politik und Wirtschaft an. Freie demokratische Wahlen werde es frühestens 2014 geben.

Bainimaramas rigides Militärregime hat am 13. Juli 2009 zum Ausschluss von Fidschi aus dem „Pacific Islands Forum“ und am 1. September zum Ausschluss aus dem Verbund der Commonwealth-Staaten (Commonwealth of Nations) geführt. Die Europäische Union und der Europäische Entwicklungshilfefonds haben wirtschaftliche Sanktionen gegen Fidschi verhängt. (*Fijilive* 03.11.09, *Flash d'Océanie* 01.09., 29.10.09, *ABC* 02.09.09, *Wikipedia*)

### Bekannter Autor des Landes verwiesen

Der bekannte Wissenschaftler Professor Brij Lal ist Anfang November des Landes verwiesen worden. Lal, der in Fidschi geboren wurde, jedoch australischer Staatsbürger ist, hatte sich gegenüber ausländischen Medien kritisch über die derzeitige politische Situation in Fidschi geäußert. Er war daraufhin verhaftet worden und einem dreistündigen peinlichem Verhör unterzogen worden. Nach eigenen Angaben wurde ihm jedoch keine körperliche Gewalt angetan. Lal musste Fidschi innerhalb von 24 Stunden verlassen, er reiste nach Sydney.

Brij Lal forscht seit über 30 Jahren über Fidschi, zurzeit arbeitet er an einem Buch über die Squattersiedlungen am Rande der Hauptstadt. Er ist Herausgeber zahlreicher wissenschaftlicher Bücher und Enzyklopädien über den Pazifik. An der „University of the South Pacific“ in Suva hat er einen Lehrauftrag.

In einem Radiointerview mit der australischen ABC hatte Lal gesagt, er traue der Zusage des Militärkommandanten und amtierenden Premierministers Frank Bainimarama nicht, demokratische Wahlen im Jahr 2014 durchführen lassen zu wollen. Bainimarama habe in der Vergangenheit schon öfter Zusagen nicht eingehalten. In dem Interview hatte Lal auch die Pressezensur der fidschianischen Interimsregierung beklagt. Internetseiten seien gesperrt, Zeitungen dürften nur noch regierungstreu berichten, Radio- und Fernsehsender stünden unter Beobachtung. Die Fidschianer wüssten so nicht, was „die Welt“ über sie und ihre Regierung denke, bedauerte Lal.

Unmittelbar nach Bekanntwerden der Zwangsausweisung brach eine internationale Protestwelle los, da zeitgleich zu Lal die neuseeländischen und australischen Hochkommissare des Landes verwiesen worden waren. Die „Australian National University“ sprach sich in einem scharfen Brief an Premier Bainimarama gegen das rüde Vorgehen gegen einen ihrer Top-Akademiker aus. Nichtregierungsorganisationen beklagten den Niedergang der Demokratie. Die Regierungen der ausgewiesenen Diplomaten sprachen von einer schweren diplomatischen Krise. (ABC Australia 04.11.09, Pacific Media Watch 06.11., 07.11., 08.11.09)

### Botschaft in den Dienst genommen

Die fidschianische Botschaft in New York (USA) ist Ende September im Beisein zahlreicher hochrangiger Vertreter pazifischer

Inselstaaten eröffnet worden. Interims-Premierminister Frank Bainimarama konnte Sir Michael Somare, Premier von Papua-Neuguinea, und Anote Tong, Präsident von Kiribati, im Botschaftsgebäude begrüßen. Der fidschianische Botschafter in Amerika, Winston Thompson, nahm ebenso wie Berenado Vunibobo, Vertreter der Vereinten Nationen, an der Indienststellung der Botschaft teil. Die Botschaft in New York ist nun bereits die zweite ständige Vertretung Fidschis in den Vereinigten Staaten, die „erste“ Botschaft befindet sich in Washington DC. (Fiji Sun 28.09.09, <http://www.fijiembassydc.com/>)

### Sturmvogel wiederentdeckt

Mitarbeiter der fidschianischen Umweltschutzorganisation „NatureFiji - Mareqeti Fiji“ haben den „Fidschi-Sturmvogel“ (lat. *Pseudobulweria macgillivrayi*, deutsch Macgillivray-Sturmvogel) vor der Insel Gau wiederentdeckt. Die Sichtung von inzwischen elf Exemplaren des Seevogels hat weltweit für Aufsehen gesorgt, da man den Fidschi-Sturmvogel für ausgestorben hielt. Diese Art war bereits 1855 identifiziert worden, ein präpariertes Exemplar war in ein Naturhistorisches Museum verbracht worden. Erst 1984 hatte man ein zweites lebendes Exemplar dieses Seevogels gesichtet.

NatureFiji hat in diesem Jahr jeweils im Mai und im Oktober zwei mehrtägige Erkundungsfahrten in die Gewässer rund um die Insel Gau unternommen. Den Wissenschaftlern war dabei mehrfach die Sichtung des Sturmvogels gelungen. Sie gehen davon aus, dass es noch rund 50 Exemplare der Gattung vor Gau gibt. Die Vögel brüten in einer großen Kolonie auf Gau, verbringen aber außerhalb der Brutzeit ihr ganzes Leben auf hoher See.

*Info:* „NatureFiji- Mareqeti Fiji“ ist eine Nichtregierungsorganisation mit Sitz in Suva, die sich der Bewahrung und der nachhaltigen

Bewirtschaftung der Umwelt auf den fidschianischen Inseln verschrieben hat. In der NGO arbeiten Umweltschützer, Wissenschaftler und Fotografen Hand in Hand. Die NGO wurde 2007 als ausführendes Organ des „Fiji Nature Conservation Trust“ gegründet.

Die Sturmvögel (Procellariidae) sind eine Familie von Vögeln aus der Ordnung der Röhrennasen (Procellariiformes). Der Familie werden 79 Arten in 14 Gattungen zugerechnet. Es handelt sich um eine artenreiche Gruppe meist mittelgroßer Hochseevögel, die über allen Ozeanen, vor allem aber auf der Südhalbkugel, verbreitet ist. Die südlichste Art ist der Schneesturmvogel, der in der Antarktis brütet. Die am nördlichsten verbreitete Art ist der Eissturmvogel.

Der vor der Insel Gau entdeckte Macgillivray-Sturmvogel gehört zur Gattung der „Hakensturmtaucher“. Typisch für ihn ist sein Flug, der aus einem Wechsel von Gleitphasen und hektisch wirkenden Flügelschlägen besteht. Der Sturmvogel ernährt sich von Tintenfischen, die er nahe der Wasseroberfläche erbeutet. (ABC News 17.09.09, Pressemitteilungen auf <http://www.naturefiji.org/index.php>, Wikipedia)

### Kerzen für HIV-Opfer

Am Vortrag des Weltaidstages (1. Dezember) haben Nichtregierungsorganisationen in Suva 303 Kerzen, je eine für jeden bekannten AIDS-Fall, entzündet. Knut Osby, Vertreter des „United Nations Development Programme“, (UNDP) sprach zum Thema „Universal Access and Human Rights“. AIDS dürfe nicht aus der Öffentlichkeit verdrängt werden, Aufklärungs- und Bildungsarbeit seien wichtig. Osby stellte auch zwei neue UNDP-Studien für die Region Pazifik vor: 1) Gender and HIV in the Pacific Islands Region: A literature review of evidence with recommendations und 2) Enabling effective responses to

HIV in the Pacific: Options for Human rights Based Legislative Reform. (Fiji Times 01.12.09)

## VANUATU

### Neuer Präsident im Amt

Seit dem 3. September ist Iolu Johnson Abil neuer Präsident von Vanuatu. Er wurde erst im dritten Wahlgang mit der erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheit von 41:58 Stimmen gewählt. Abil hatte sich gegen vier Kandidaten durchgesetzt. Er folgt Kalkot Mataskelekele, der das Amt in den letzten fünf Jahren innehatte und der erneut kandidiert hatte.

Die Präsidentschaftswahlen fanden genau ein Jahr nach den Parlamentswahlen statt: Seit 22. September 2008 ist Premierminister Edward Natapei der Regierungschef, Vizepremier ist Ham Lini.

Der Präsident hat auf Vanuatu eher repräsentative Funktion. Iolu Abil stammt von der Insel Tanna und war bereits Minister im Kabinett der ersten Regierung nach der Unabhängigkeit Vanuatus im Jahr 1980. Er wurde 1942 in Lauaneai auf Tanna geboren. (CIA World Factbook, Radio Australia 03.09.09)

### Europäische Investitionsbank gewährt Darlehen für erneuerbare Energien

Die Europäische Investitionsbank (EIB) stellt 4,3 Mio EUR (650 Mio Vatu) für den Bau eines 2,75-MW-Windparks auf der Pazifikinsel Efate (Vanuatu) zur Verfügung. Der Windpark wird von der Unelco Vanuatu Ltd gebaut, die zur GDF-Suez-Gruppe gehört. Der Finanzierungsvertrag wurde Ende September von Vertretern der Europäischen Investitionsbank und dem Präsidenten von Unelco in Port Vila, der Hauptstadt von Vanuatu, unterzeichnet.

Dieser Windpark wird der erste in Vanuatu sein und soll andere Pazifikinseln zur Durchführung ähnlicher Projekte veranlassen.

Der Windpark wird aus zehn identischen, 55 Meter hohen Windkraftanlagen bestehen, die für Wartungsarbeiten oder zur Vermeidung von Windschäden bei Tropenstürmen auf den Boden abgeklappt werden können. Das Vorhaben leistet einen wichtigen ersten Beitrag dazu, die Stromversorgung in der Region zu diversifizieren und sie vom kostspieligen Import fossiler Energieträger unabhängiger zu machen. Das Windprojekt ist Teil der Strategie von Unelco, durch den Bau von Windkraft-, Biokraftstoff- und Sonnenenergieanlagen die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern zu fördern.

Das Projekt steht in Einklang mit dem Ziel der Europäischen Union und der EIB, die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern zu fördern und die Auswirkungen des durch den Einsatz fossiler Brennstoffe verursachten Klimawandels einzudämmen. In Vanuatu finanziert die EU bereits fünf weitere Vorhaben für die Nutzung von Biokraftstoffen und Windenergie. Die Projekte werden in Port Orly und auf den Inseln Malekuka, Ambae, Futuna und Sola durchgeführt.

Bei diesen Vorhaben wird vor allem darauf geachtet, dass durch sie keine Naturschutzgebiete oder Gebiete von kultureller Bedeutung beeinträchtigt werden und bei Windkraftanlagen das Vogelschlagrisiko minimiert wird. Ferner wird der Windpark dazu beitragen, vor Ort Arbeitsplätze zu schaffen und das Umweldimage des Landes zu verbessern.

Dieses Projekt ist eines von zahlreichen Vorhaben, die die EIB im südpazifischen Raum mitfinanzieren wird und die derzeit im Rahmen eines Besuchs von Vertretern der Bank in der Region gebilgt werden.

*Info:* Die Europäische Investitionsbank (EIB) wurde 1958 durch den Vertrag von Rom als die Institution der EU für langfristige Finanzierungen gegründet. In den letzten fünf Jahren hat die EIB ih-

ren Beitrag zur langfristigen Wirtschaftsentwicklung der Länder im Pazifischen Raum deutlich erhöht. In Einklang mit den Prioritäten, die durch das Cotonou-Mandat festgelegt wurden, und in enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission wird die Finanzierung von privatwirtschaftlichen Projekten und von Umweltvorhaben auch künftig im Mittelpunkt der Tätigkeit der EIB stehen. Mit ihrer Finanzierungstätigkeit im Pazifischen Raum unterstützt die EIB die Länder der Region in ihren Bemühungen, das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung zu fördern.

Seit der Aufnahme der Finanzierungstätigkeit im Pazifischen Raum hat die EIB Darlehen und Kapitalbeteiligungen im Umfang von mehr als 380 Millionen Euro für eine Region bereitgestellt, deren Wirtschaftstätigkeit durch die hohen Kosten für den Aufbau von Infrastrukturen in kleinen und weit voneinander entfernten Inselstaaten behindert wird. (Pressemitteilung von Richard Willis am 29.09.09 auf <http://www.eib.org>, Flash d'Océanie 29.09.09)

## KANAKY (NEUKALÉDONIEN)

### Neues Krankenhaus geplant

Die neukaledonische Territorialregierung hat Mitte September 530 Millionen US Dollar zum Bau eines neuen Krankenhauses freigegeben. Die Kongressabgeordneten entschieden in einer Sondersitzung, diese Summe aus dem Haushalt zu nehmen. Das Neubauprojekt wartet bereits seit über fünf Jahren auf seine Realisierung.

Im November 2004 war der Neubau eines medizinischen Versorgungszentrums mit 246 Millionen US Dollar veranschlagt worden. Nach alten Plänen hätte bereits 2008 mit dem Bau begonnen werden müssen, 2012 wollte man eröffnen. Streitigkeiten um die Zusatzfinanzierung des mittler-

weile auf 530 Millionen US Dollar veranschlagten Projektes verzögerten die Entscheidung der Territorialregierung zur Geldfreigabe wiederholt.

Nun ist den Entscheidungsträgern jedoch nichts anderes übrig geblieben, als mit dem Bau Anfang 2011 zu beginnen: Das „Nouméa Gaston Bourret Krankenhaus“ ist über 130 Jahre alt, einige Gebäude sind akut einsturzgefährdet. Bereits 1860 war hier das „Hôpital Maritime“ entstanden, aus dem 1870 das „Hôpital Militaire“ wurde. Heute können nur etwa 65 % der Kapazitäten genutzt werden, da viele Gebäude aufgrund baulicher Mängel und Abnutzungserscheinungen nicht oder nur eingeschränkt genutzt werden können. Selbst aufwändige Renovierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen in den letzten Jahrzehnten konnten daran kaum etwas ändern. Die Notaufnahme ist dermaßen heruntergekommen, dass immer mehr Intensiv- und Notfälle nach Australien ausgeflogen werden müssen.

Das neue Krankenhaus soll in Koutio, einem Vorort der Hauptstadt Nouméa, gebaut werden. Auf einer Fläche von 75.000 Quadratmetern sollen mehrere Gebäude mit einer Gesamtkapazität von 650 Betten entstehen. Das im Volksmund als „Medipole“ bezeichnete Krankenhaus soll dann alle Fachabteilungen unter einem Dach vereinen. Bisher sind die Gynäkologie, die Wochenstation und die Neonatologie nicht im Gaston Bourret Krankenhaus, sondern in einer eigenen Klinik nahe des Regionalflughafens Magenta untergebracht. (Oceania Flash 17.09.09, [http://www.cht.nc/public\\_4\\_histo.asp](http://www.cht.nc/public_4_histo.asp))

## MIKRONESIEN

### Palau nimmt Uiguren auf

**Palau:** Vorübergehend hat die Republik Palau sechs aus dem Gefangenenlager Guantanamo entlassene Uiguren in Koror aufgenommen. Bereits im Juni dieses Jahres hatte der palauische Präsident Johnson Toribiong die Anfrage seines amerikanischen Amtskollegen Barack Obama positiv beschieden und sich zur Aufnahme der Ex-Häftlinge bereiterklärt. Toribiong hatte stets bestritten, er wolle die Uiguren nur deshalb aufnehmen, weil er auf eine höhere finanzielle Unterstützung seines Staates im Rahmen des „Compact of free association“ mit den USA hoffe. Die sechs Uiguren trafen Anfang November von der amerikanischen Marinebasis in Kuba kommend in Koror ein. Sie wurden von einer Regierungsdelegation in Empfang genommen. Um die Ex-Häftlinge persönlich willkommen zu heißen, hatte Präsident Toribiong einen Badeausflug zu den berühmten „Rock Islands“ organisieren lassen, wo einige der Uiguren nach eigenen Angaben erstmals das Meer sahen und darin schwimmen konnten. Nach dem Ausflug hatte der Präsident gemeinsam mit den Uiguren ein traditionelles palauisches Mittagessen vorbereitet und eingenommen. Die Uiguren werden im nächsten Monat im „Community College“ einen Englischkurs belegen, um sich mit den Einheimischen verständigen zu können, erklärte der Präsident. Er bezeichnete die Uiguren wiederholt als „meine Gäste“. Die Uiguren betonten, sie seien nur vorübergehend in Palau, das ihnen auch keine Pässe ausstellte. Längerfristiges Ziel sei die Aufnahme in Australien oder den USA, wo es größere Gemeinden der Uiguren gibt.

**Info:** Die Uiguren sind eine muslimische Minderheit im chinesischen Uigurischen Auto-

nomen Gebiet Xinjiang im Osten Chinas. Rund acht Millionen Uiguren leben hier. 17 Uiguren waren in den letzten acht Jahren als Terrorverdächtige im amerikanischen Gefangenenlager Guantanamo auf der Insel Kuba inhaftiert. Sieben Häftlinge sind noch in Guantanamo, weitere fünf wurden 2006 entlassen und fanden Aufnahme in Albanien. Vier Häftlinge konnten in diesem Jahr auf die Bermuda-Inseln – ein britisches Überseegebiet im Atlantik – ausreisen. (Flash d'Océanie 02.11.09, Palau Horizon 09.11.09, Marianas Variety 18.11.09)

### Schutzzone für Haie eingerichtet

**Palau:** Als erster Staat der Welt hat die Republik Palau im Westpazifik eine offizielle Schutzzone für Haie und Stachelrochen eingerichtet. Das gab Präsident Johnson Toribiong während einer Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York Ende September bekannt. Als Besonderheit gilt, dass Palau nicht nur Teile seines Territoriums, sondern alle Gewässer der Ausschließlichen Wirtschaftszone (Exclusive Economic Zone, EEZ) unter Schutz stellte. Das sind immerhin 620.000 Quadratkilometer.

Bereits 2001 hatte der damalige Präsident Tommy Remengesau Teile der Gewässer als „Palau Shark Sanctuary“ unter Schutz gestellt.

Toribiong setzt sich auch für ein weltweites Moratorium in der Praxis des „Shark Finning“ ein. Dabei wird dem lebenden Hai die Schwanzflosse abgeschnitten, die in einigen Ländern als Delikatesse gilt (z. B. Haifischflossensuppe in Japan). Der verletzte Hai wird anschließend zurück ins Wasser geworfen.

In den Gewässern Palaus leben etwa 130 verschiedene Hai-Arten sowie vom Aussterben bedrohte Stachelrochen. Sie zu schützen, wird für die nur 20.000 Menschen

zählende Inselrepublik eine Mammutaufgabe. Palau verfügt nur über ein einziges hochseetaugliches Überwachungsschiff, das in den Gewässern nach illegalen Fischfangflotten sucht. Eine kürzlich erfolgte – von den USA gesponsorte – Helikoptersuche ergab allein 70 Fischerboote, die sich illegal in den Gewässern aufhielten.

Mit der Errichtung der Hai-Schutzzone erhofft sich Palau auch mehr Touristen. Schon jetzt ist der Tourismus das wichtigste Standbein der Wirtschaft und Haupteinnahmequelle der Einheimischen. Touristen kommen vor allem wegen der einzigartigen Korallenriffe, dem weltweit einzigen Inland-Salzwassersee mit Quallen (Jelly Fish Lake) und den „Rock Islands“ nach Palau. Das Land gilt als „Taucher-Paradies“, zumal sich hier in Küstennähe Haie wie der Hammerhai oder der Leopardenhai beobachten lassen.

*Info:* Als Ausschließliche Wirtschaftszone (EEZ) wird nach Artikel 55 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen das Gebiet jenseits des Küstenmeeres bis zu einer Erstreckung von 200 Seemeilen ab der Basislinie bezeichnet (daher auch 200-Meilen-Zone), in dem der angrenzende Küstenstaat in begrenztem Umfang souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse wahrnehmen kann. (<http://www.sharksanctuary.com/>, *Palau Horizon* 25.09.09)

## Neuer Präsident

**Marshallinseln:** Jurelang Zedkaia, Sprecher des Senats „Nitijela“ auf den Marshallinseln, ist am 2. November in sein neues Amt des Staatspräsidenten vereidigt worden. Zedkaia war am 26. Oktober mit einer knappen Mehrheit von 17 zu 15 Stimmen gewählt worden, nachdem Präsident Litokwa Tomeing das bereits dritte Misstrauensvotum in seiner 22-monatigen Amtszeit nicht überstanden hatte. Das erste „erfolgreiche“ Misstrauensvotum gegen den amtierenden Tomeing war

pikanterweise von Kessai Note angestrebt worden, dem Vorgänger von Tomeing im Präsidentenamt. Tomeing war seit den letzten Wahlen vom November 2007 im Amt.

Jurelang Zedkaia ist ein hochrangiger Titelträger auf dem Atoll Majuro und ein erfahrener Politiker. Vor seiner Wahl war er fünf Jahre lang Senator, davon seit Januar 2008 als Regierungssprecher der Nitijela. Er ist der fünfte Präsident der Marshallinseln. (*Marianas Variety* 22.10.09, *Radio NZ International* 26.10.09, *Flash d'Océanie* 21.10.09)

## Marshallinseln ratifizieren den Umfassenden Atomteststopp-Vertrag

**Marshallinseln:** Als symbolträchtigen Akt kann die Ratifizierung des „Umfassenden Atomteststopp-Vertrags“ (Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty, CTBT) angesehen werden, welche die Regierung der Marshallinseln am 13. November 2009 vorgenommen hat. Damit sind die Marshallinseln das 151ste Land, das den Vertrag ratifiziert und eines der 71 Länder, das ihn von Beginn an unterzeichnet hat. Im Pazifik wurde der Vertrag nun von 10 der 15 Inselstaaten ratifiziert, zwei weitere haben ihn unterschrieben. Nicht unterzeichnende Inselstaaten sind Niue, Tonga und Tuvalu.

Zwar haben nun sehr viele Länder den Vertrag unterzeichnet bzw. ratifiziert, doch kann dieser erst in Kraft treten, wenn er von allen 44 in Artikel 14 des Vertrages genannten Staaten ratifiziert worden ist. Jedoch fehlen hierfür beispielsweise die Ratifikationen von China, den USA, Nordkorea, dem Iran oder von Israel. Der Vertrag verbietet alle nuklearen Explosionen, was wiederum von der den Vertrag begleitenden Organisation CTBTO überwacht wird. Momentan registrieren etwa 250 Anlagen weltweit Explosionen unter der Erde, im Wasser und in der Atmosphäre. Bei Inkrafttreten des Vertrags sollen es

über 330 Anlagen sein.

Zwischen 1946 und 1958 unternahm die Vereinigten Staaten von Amerika 67 oberirdische Tests auf den Atollen Bikini und Enewetak. 1983 bekamen die Menschen der Marshallinseln im Rahmen des „Compact of Free Association“ von den USA 150 Mill. US Dollar als Ausgleich für die durch die Atomtests entstandenen Schäden zugesprochen. Unter dem „Compact“ wurde 1988 das „Nuclear Claims Tribunal“ eingerichtet, das die Forderungen der Marshallinseln an die USA begleitet. Trotz mehrmaligen Forderungen nach mehr Entschädigungsleistungen – wie zuletzt im November 2009 – beispielsweise für die Entseuchung des verstrahlten Landes, weigern sich die USA, mehr zu zahlen.

Mittlerweile steht es um das „Nuclear Claims Tribunal“ so schlecht, dass in den letzten Monaten ein Großteil der Mitarbeiter entlassen und überschüssige Möbel verkauft werden mussten – nicht zuletzt, weil sich die Regierung der Marshallinseln in den letzten Jahren zu wenig um das Tribunal gekümmert hat und zu wenig auf die Organisation und ihre Forderungen einging. (*Artikel von Katja Göbe*, *Quellen: CTBTO, Marshall Islands Journal* 16.10.09, 6.11.09)

## Generalkonsulat in Arkansas eröffnet

**Marshallinseln:** Ende September wurde in Springdale im amerikanischen Bundesstaat Arkansas ein Generalkonsulat der Marshallinseln eröffnet. Zur Eröffnung waren eigens der damals noch amtierende Präsident Litokwa Tomeing mit Ehefrau sowie der Außenminister angereist.

*Info:* In der Vergangenheit sind tausende Marshallinsulaner nach Arkansas emigriert, angezogen durch bessere Schul- und Ausbildungsmöglichkeiten, günstige Mieten und gute Berufsaussichten. In der amerikanischen Kleinstadt Springdale mit ihren knapp

54.000 Einwohnern leben allein 10.000 Menschen von den Marshallinseln. Sie kamen mit der Aussicht auf gut bezahlte Arbeit in den Hühnchenfabriken des Fleischproduzenten Tyson.

(<http://www.springdaleark.org/>,  
<http://www.tyson.com>, Yokwe online  
23.09.09)

## Chamorro in hoher US-Funktion

**USA:** Der aus Guam stammende Chamorro Antony Marion Babauta (kurz: Tony Babauta) ist im Oktober vom amerikanischen Präsidenten Barack Obama zum „Senior Administrator for Asian Americans and American Pacific Islanders“ ernannt worden. Außerdem machte ihn Obama zum „Assistant Secretary for Insular Areas“ im Innenministerium in Washington. Babauta ist damit einer der engsten Vertrauten Obamas im Weißen Haus und einer der ersten Pazifikinsulaner überhaupt, der so eng mit einem amerikanischen Präsidenten zusammenarbeitet.

Babauta ist für die amerikanische Politik in den mit den USA assoziierten Inselstaaten Guam, den Nördlichen Marianen, den Virgin Islands und Amerikanisch-Samoa zuständig. Außerdem entscheidet er mit über die finanzielle Unterstützung gemäß der amerikanischen Assoziierungsverträge mit den Föderierten Staaten von Mikronesien, den Marshallinseln und mit Palau.

Der Kongressabgeordnete für die Nördlichen Marianen, Gregorio Kilili Camacho Sablan, zeigte sich erfreut über die Ernennung eines weiteren Pazifikinsulaners in ein derartig hohes Amt. Er sei überzeugt, dass Tony Babauta wie kein Zweiter die Interessen der pazifischen Inselstaaten bei der amerikanischen Regierung vertreten könnte, sagte Sablan.

Tony Babauta war bis dato Senior-Berater des US-Innenministers Ken Salazar. Davor arbeitete er als Direktor für das „Natural Re-

sources Subcommittee on Insular Affairs, Oceans and Wildlife“ im US-Repräsentantenhaus. Der einheimische Chamorro ist auf den pazifischen Inseln beliebt und gilt als vertrauenswürdig.

(*ABC Australia* 22.10.09, *Samoa News online*,  
<http://sablan.house.gov/2009/07/congressman-sablan-applauds-announcement-tony-babauta-will-be-nominated-as-interior-assistant.shtml>,  
<http://www.doi.gov/news.html>)

## POLYNESIEN

### WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOKINSELN

#### Eigene Flagge für Tokelau

**Tokelau:** Der neuseeländische Generalgouverneur Sir Anand Satyanand hat bei einer feierlichen Zeremonie im Regierungsgebäude „Beehive“ in der neuseeländischen Hauptstadt Wellington dem Vorsitzenden der territorialen Regierung von Tokelau („Ulu o Tokelau“), Aliko Faipule Foua Toloa, eine eigene Flagge für das neuseeländische Außengebiet überreicht. An der Zeremonie nahmen weitere Vertreter des tokelauischen Ältestenrates teil. Über die eigene Flagge hatte das Fono - die Ratsversammlung der Tokelauer - bereits im vergangenen Jahr positiv entschieden, doch musste das Einverständnis der britischen Königin Elizabeth II. abgewartet werden. Sie ist die oberste Regierungschefin der zum britischen Commonwealth gehörenden Pazifikstaaten und hatte im August des Jahres die eigene Flagge genehmigt.

Die blaue Flagge zeigt auf der linken Seite das Sternbild „Kreuz des Südens“ in weißer Farbe, auf der rechten Seite ein gelbes Kanu unter vollen Segeln. Aliko Toloa erklärte in Wellington die Symbole der Flagge. So symbolisiere das Kreuz des Südens die enge Verbindung zu Neusee-

land, das dieses Sternbild ebenfalls in seiner Flagge hat. Das Kanu erinnert an die Vergangenheit der Tokelauer als Nation von Seefahrern und Navigatoren, der blaue Untergrund sei der Hinweis auf den pazifischen Ozean.

**Info:** Der nur 12 km<sup>2</sup> große Pazifikarchipel Tokelau, früher bekannt unter dem Namen Union-Islands, besteht aus drei flachen Korallenatollen, die sich etwa 480 km nördlich des nächstgelegenen Inselstaates Samoa befinden. Die Inselgruppe hat den Status eines neuseeländischen Außengebiets, jedoch werden politische Entscheidungen zunehmend von einer eigenen tokelauischen Verwaltung getroffen. Aktuelle Angaben zufolge leben derzeit etwa 1.460 Menschen in Tokelau. (*Radio NZ International* 07.09.09, *Pacific Scoop* 08.09.09, <http://www.tokelau-info.de/>, <http://www.mfat.govt.nz/Foreign-Relations/Pacific/Tokelau/Tokelau-Flag.php>)

#### Wasserknappheit bedroht Mensch und Umwelt

**Cookinseln:** Die Trinkwasserknappheit auf Rarotonga ist „kritisch“, so das Ergebnis einer Kabinettsitzung Ende November. Die Minister hatten in einer turbulenten Sitzung beraten, ob sie die Bevölkerung überhaupt über die angespannte Situation unterrichten sollten. Ausschlaggebend war dann der Kommentar des Vize-Oppositionellenführers Teina Bishop: „Wenn hier im Parlament etwas stinkt, bin ich das“, beklagte er den Wassermangel in seinem Heimatdorf.

Nach Angaben des Wetteramtes soll die Dürre noch weitere drei bis vier Monate anhalten. Adrian Teotahi vom Wasserversorgungsamt rief vor allem die Subsistenzbauern zur sparsamen Verwendung von Trinkwasser auf. Die Bevölkerung solle noch mehr Regentanks aufstellen, um eventuelle Niederschläge nicht zu vergeuden. Außerdem forderte Teotahi dazu auf, undichte und leckende Wasserleitungen in

Haus und Hof zu überprüfen und schnellstmöglich zu reparieren. (Cook Islands News 25.11.09)

## FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI (OSTERINSEL)

### Regierungswechsel durch Misstrauensvotum: Tong Sang neuer Präsident

**Frz.-Polynesien:** Die seit fünf Jahren andauernde chronische politische Instabilität des Landes hält unvermindert an. Am 24. November wurde der amtierende Präsident Oscar Temaru durch ein konstruktives Misstrauensvotum gestürzt und durch seinen Vorgänger Gaston Tong Sang ersetzt. Dies ist der dritte Regierungswechsel in diesem Jahr und der fünfte seit den vorgezogenen Neuwahlen im Februar 2008. Temaru war im Februar dieses Jahres zum Präsidenten gewählt worden und regierte zunächst in einer Koalition seiner die Unabhängigkeit befürwortenden Formation „Union pour La Démocratie“ (UPLD) mit Jean-Christophe Bouissous Splitterpartei „Rautahi“ („Einheit“) und Gaston Flosses Partei „Tahoeraa Huiraatira“ („Vereinigung des Volkes“) (letztere beide formell pro-französisch). Die Koalition war im April an Meinungsverschiedenheiten zwischen Temaru und Flosse zerbrochen. Tahoeraa war daraufhin aus der Koalition ausgeschieden und Temaru hatte eine neue Koalition mit Tong Sangs Partei „To Tatou Aia“ („Unser Land“, ebenfalls pro-französisch) gebildet.

In den Sommermonaten häuften sich allerdings Konflikte zwischen Temaru und Tong Sang, unter anderem aufgrund von Temarus Äußerungen zur angestrebten Unabhängigkeit des Landes von Frankreich, denen Tong Sang deutlich widersprach. Gleichzeitig hatte sich eine mit Tong Sang verbündete Gruppe Abgeordneter von den äußeren Inseln, die für ihren Opportunismus bekannt

sind, von Temarus Regierung abgewandt und ihre eigene Fraktion in der Versammlung Französisch-Polynesiens unter dem Namen „Te Mana O Te Mau Motu“ („Die Macht der Inseln“) gegründet.

Während Tong Sang noch im Oktober Spekulationen über einen Regierungsumsturz dementierte, einigten sich To Tatou Aia, Tahoeraa und Te Mana O Te Mau Mitte November auf die Bildung einer neuen Koalitionsregierung unter Tong Sang und brachten ein konstruktives Misstrauensvotum gegen Temaru ein. Tong Sang meinte, Temaru habe sich unfähig gezeigt, das Land in Zeiten der weltweiten Wirtschaftskrise zu führen und die zerstrittenen politischen Kräfte des Landes zu einigen, wohingegen Vertreter von Temarus Partei Tong Sang der Heuchelei bezichtigten, da sein Misstrauensvotum nur ein weiterer Beitrag zur Spaltung der politischen Landschaft sei.

Während Tong Sang vor der Abstimmung behauptete, er habe eine starke Mehrheit von 32 Sitzen hinter sich, stimmten nur 29 der 57 Abgeordneten für Tong Sang, der damit zwar Temaru als Präsident ablöst, aber nur über eine hauchdünne Mehrheit von einer Stimme verfügt. Da sich ständig neue Parteien und Parlamentsfraktionen bilden und einzelne Politiker immer häufiger die Seiten wechseln, wird es immer schwieriger, klare Mehrheiten zu finden.

Eine Gruppe von mehreren hundert besorgten Bürgern demonstrierte gegen die politische Instabilität und forderte vorgezogene Neuwahlen, in der Hoffnung dem politischen Chaos endlich ein Ende setzen zu können. (Artikel von Lorenz Gonschor, Hawaii. Quellen: Tahitipresse, Tahiti-Pacifique)

## Flosse in Untersuchungshaft

**Frz.-Polynesien:** Der Senator und ehemalige Präsident Französisch-Polynesiens, Gaston Flosse, wurde Anfang November in Untersuchungshaft genommen, nachdem der französische Senat seine parlamentarische Immunität aufgehoben hatte. Gegen Flosse wird seit Monaten in mehreren Korruptionsfällen ermittelt, insbesondere in der sogenannten „Telefonbuchaffäre“, bei der es um Bestechungsgelder geht, die der französische Geschäftsmann Hubert Haddad an Flosses Partei gezahlt haben soll, und die als Bezahlungen für Werbeanzeigen im Telefonbuch des Landes getarnt wurden. Haddad, einer seiner Mitarbeiter sowie Flosses Sekretärin und andere ehemalige Regierungsbeamte sitzen bereits seit mehreren Monaten in U-Haft.

Durch die Verhaftung von Flosse wurde einer der einflussreichsten Personen aus der politischen Szene entfernt, was weitreichende Konsequenzen für die Entwicklung der lokalen Politik haben könnte. (Artikel von Lorenz Gonschor, Hawaii. Quellen: Tahitipresse; Tahiti-Pacifique)

## Prozesse nach Jahren gewonnen

**Frz.-Polynesien:** Fünf Jahre nach dem Tod ihres Ehemannes ist seiner Witwe die Hinterbliebenenrente in voller Höhe zugesprochen worden. Die 55-jährige Hélène Lorillere aus Var in Südfrankreich hatte vor einem Militärgericht um die weitere Auszahlung der vollen Rente ihres am 26. Dezember 2004 verstorbenen Ehemannes René geklagt. Er war an den Folgen von Lungenkrebs gestorben, den die Familie auf seinen Einsatz auf dem französischen Atomtestgelände von Moruroa (Französisch-Polynesien) im Jahr 1973 zurückführte.

Das Militärgericht hatte sich zunächst geweigert, den frühen Krebstod von René Lorillere als



Folgeerkrankung der radioaktiven Verstrahlung anzuerkennen.

Nach der wegweisenden Entscheidung der französischen Regierung im März des Jahres, an von Gerichten anerkannte Atomtestopfer Entschädigungszahlungen zu leisten, war es dem Anwalt der Familie Lorillere gelungen, die Versehrtenrente für Frau Lorillere zu erlangen. (*Tahitipresse* 05.09.09)

Entschädigungszahlungen in Höhe von 20.000 € erhält ebenfalls Michel Cariou. Sein acht Jahre währender Prozess gegen die französische Regierung beendete das Oberste Gericht von Papeete Anfang Oktober mit der Auflage, die entsprechende Summe an Cariou auszusahlen.

Der 71-jährige war zwischen 1966 und 1972 als Offizier auf dem französischen Schiff „De Grasse“ stationiert. Von diesem Schiff aus wurden die Befehle für 31 atmosphärische Atombombentests im Tuamotu-Archipel erteilt. Cariou leidet an Schilddrüsenkrebs. Das Gericht erkannte diese Krebsart als unmittelbare Folge der radioaktiven Verstrahlung auf dem Militärschiff an. Cariou war auf dem Schiff für die Sicherheit der Tests zuständig und der Strahlung direkt ausgesetzt.

Seine zweite Anklage gegen die französische Regierung wurde jedoch fallengelassen. Cariou wollte die französischen Gesundheitsbehörden wegen „medizinischer Vernachlässigung“ verklagen. Das Gericht konnte jedoch nachweisen, dass der Pensionär zeit seines Lebens wegen seiner Erkrankung behandelt worden war. Auch während seines aktiven Dienstes an Bord hätten regelmäßige medizinische Check-Ups stattgefunden. (*Tahitipresse* 07.10.09)

## **Volksabstimmung erzwingt Verfassungsänderung zur Einwanderungskontrolle**

**Rapa Nui (Osterinsel):** Die chilenische Präsidentin Michelle Bachelet brachte Ende Oktober eine Gesetzesvorlage zur Änderung der chilenischen Verfassung in den Kongress ein, durch die es ermöglicht werden soll, die Einwanderung chilenischer Staatsbürger auf die Insel Rapa Nui gesetzlich zu beschränken.

Obwohl die Masseneinwanderung chilenischer Siedler im Zuge des Tourismusbooms seit Jahren von den Einheimischen mit großer Sorge betrachtet wird, hatte die chilenische Regierung bislang nichts unternommen, um die Einwanderung zu kontrollieren. Im August blockierten deswegen Aktivisten die Landebahn des Flughafens, woraufhin der chilenische Staatssekretär des Inneren, Patricio Rosende, am 15. September per Dekret ein in Workshops auf der Insel erarbeitetes System der Einwanderungskontrolle in Kraft setzte, demzufolge alle Besucher der Insel ein Formular auszufüllen haben, in dem Dauer und Grund ihres Aufenthalts angegeben werden müssen. In einer medienwirksamen Aktion teilte Staatssekretär Rosende im Flughafen von Santiago de Chile persönlich die ersten Formulare an Passagiere eines Fluges nach Rapa Nui aus.

Gegen die Maßnahme legte allerdings ein nicht identifizierter Kläger eine Verfassungsklage ein. Infolgedessen erklärte der oberste Gerichtshof der Republik Chile am 7. Oktober die Kontrollmaßnahme für verfassungswidrig, da die chilenische Verfassung allen Staatsbürgern die freie Bewegung und Wohnortwahl innerhalb des nationalen Territoriums garantiert. Während die Regierung dem Gerichtsbeschluss zunächst dadurch Folge leistete, dass sie das Ausfüllen der Formulare für freiwillig erklärte, entschied man sich am Ende dafür, auf der Insel eine Volksabstimmung über eine Verfassungsänderung abzuhal-

ten. In dem Plebiszit, an dem in Berufung auf internationale Rechtsnormen zum Schutz indigener Völker nur einheimische Rapanui teilnehmen durften, stimmte am 24. Oktober eine überwältigende Mehrheit von 96,3 % dafür, die chilenische Verfassung zu ändern, um Einwanderungsbeschränkungen zu ermöglichen.

In Berufung auf das Ergebnis der Abstimmung sowie die Präzedenzfälle der ecuadorianischen Galápagos-Inseln und der kolumbianischen Inseln San Andrés, Providencia und Santa Catalina (auf die ecuadorianische bzw. kolumbianische Staatsbürger nur mit Sondergenehmigung einwandern dürfen), brachte Präsidentin Bachelet am 28. Oktober eine Verfassungsändernde Gesetzesvorlage in den Kongress ein, nach der die chilenischen Sonderterritorien Osterinsel und Juan Fernández aufgrund ihrer spezifischen geographischen Bedingungen vom grundsätzlichen Recht auf freie Bewegung und Wohnortwahl ausgenommen sind.

Aufgrund des langwierigen chilenischen Gesetzgebungsprozesses wird es wahrscheinlich mindestens ein Jahr dauern, bis die Verfassungsänderung beschlossen ist. (*Artikel von Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quellen: Te Rapa Nui, <http://rapanui.co.cl>, Website des Chilenischen Kongresses <http://www.congreso.cl>, Pacific Islands Report*)

## **HAWAII**

### **Kontroverse über historischen Spielfilm „Barbarian Princess“**

Der historische Spielfilm „Barbarian Princess“ (eine britisch-amerikanische Koproduktion unter der Regie von Marc Forby), der im Zuge des „Hawai'i International Film Festival“ am 16. Oktober in Honolulu erstmals gezeigt wurde, hat zu heftigen Kontroversen unter hawaiischen Historikern und Aktivisten geführt.

Der Film erzählt das Leben der hawaiischen Thronfolgerin Prinzessin Ka'iulani (1875-1899), die in England zur Schule ging und sich nach der US-Invasion Hawai'i's im Januar 1893 ebenso wie die anderen Mitglieder der Königsfamilie vergeblich für die Erhaltung der Unabhängigkeit ihres Landes einsetzte. Bei der Premiere meinte Regisseur Forby, er wolle durch den Film die Geschichte Hawai'i's in der Welt bekannt machen und das internationale Publikum für die Ungerechtigkeiten, die den Hawaiiern angetan wurden, sensibilisieren.

Trotz dieser vermeintlich guten Absichten wurde das Filmprojekt aber bereits während der Dreharbeiten an den Originalschauplätzen im letzten Jahr heftig kritisiert. Mehrere hawaiische Historiker weigerten sich, das Projekt zu unterstützen. Der prominente Musiker und Unabhängigkeitsaktivist Palani Vaughn hatte es empört abgelehnt, die ihm angebotene Rolle des Königs Kalākaua zu spielen. Grund für die Kritik ist vor allem die Vielzahl an historisch falschen Handlungselementen und die tendenziell herablassende Darstellung mehrerer Mitglieder der Königsfamilie. Besonders kritisiert wurde die historisch inkorrekte Darstellung des Anführers der pro-amerikanischen Putschisten Sanford B. Dole, der im Film mit einer positiven Rolle belegt ist.

Für besonderen Aufruhr sorgte die Wahl des Titels. Regisseur Forby meinte, er wolle damit das Publikum provozieren, und den Betrachter selbst zu dem Schluss kommen lassen, dass Prinzessin Ka'iulani alles andere als barbarisch war. Viele Hawaier konnten dies allerdings schlecht nachvollziehen und meinten, es sei eine nicht hinnehmbare Beleidigung, eine hawaiische Adelige mit einem solchen Wort zu bezeichnen. Ein hawaiischer Aktivist meinte, nach der gleichen Logik könne man einen Film über US-Präsident Obama mit den Worten „Nigger President“ betiteln, was in den USA absolut unakzeptabel

wäre. (Artikel von Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quellen: Eigener Besuch der Filmpremiere, Honolulu Advertiser, Honolulu Star-Bulletin, <http://barbarianprincessmovie.com>)

## AOTEAROA (NEUSEELAND)

### Alternativer Friedensnobelpreis an Aktivisten

In Stockholm (Schweden) wurde in diesem Jahr der „Right Livelihood Award“, besser bekannt als der Alternative Friedensnobelpreis, an Alyn Ware, einen Friedensaktivisten aus Neuseeland verliehen. Ware setzt sich seit 25 Jahren für eine friedliche Welt und die Abrüstung nuklearer Waffen ein. Als Begründung gab die Jury an: *“Alyn Ware (New Zealand) is recognised ‘for his effective and creative advocacy and initiatives over two decades to further peace education and to rid the world of nuclear weapons’”*.

Als Lehrer und Erzieher verbrachte er in Schulen viele Stunden damit, Kindern und Lehrern friedliche Konfliktlösungsprogramme näher zu bringen und arbeitete mit dem neuseeländischen Erziehungsministerium zusammen einen Leitfaden für Friedensforschung aus, der Teil der Stundenpläne in neuseeländischen Schulen wurde. Daneben war Ware Berater der neuseeländischen Regierung und der Vereinten Nationen.

In den 1990ern lebte er in New York, gründete hier u. a. das „Gulf Peace Team“ und setzte sich bei den Vereinten Nationen für eine friedliche Lösung des Golfkriegs ein. Darüber hinaus half er bei der Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag. Von 1992 bis 1999 war Ware der Direktor des „Lawyers' Committee on Nuclear Policy“ (LCNP) und in dieser Funktion der Koordinator des „Projekt Weltgerichtshof“. Erfolgreich konnten Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen beim Gerichtshof in Den Haag erwirken,

dass dieser den Einsatz von Atomwaffen unter völkerrechtlichen Gesichtspunkten untersuchte und 1996 zur Schlussfolgerung kam, dass die Androhung des Einsatzes und der Einsatz von Atomwaffen generell gegen das internationale Völkerrecht verstoße.

Vielerorts war Alyn Ware in den letzten 25 Jahren im Einsatz für eine friedliche und atomwaffenfreie Welt. Unermüdlich reist er in seinen unzähligen Funktionen in die Länder dieser Welt, um die Regierungen für eine nuklearwaffenfreie Welt zu begeistern. Der 47-jährige ist Direktor der neuseeländischen Organisation „Peace Foundation“, Vizepräsident des „International Peace Bureau“ (IPB), Berater des „Lawyers' Committee on Nuclear Policy“ und der „International Association of Lawyers Against Nuclear Arms“ (IALANA), der Koordinator für Neuseeland beim Weltweiten Marsch für Frieden und Gewaltfreiheit (dieser hat am 2. Oktober in Wellington begonnen, [www.theworldmarch.org](http://www.theworldmarch.org)), Mitbegründer und internationaler Koordinator des „Parlamentarischen Netzwerks für Nukleare Abrüstung und Nichtverbreitung“ (PNND) (Lobbyarbeit für nukleare Abrüstung bei Parlamentariern aller Parteien) und nicht zuletzt Vorstandsmitglied und Berater unterschiedlicher internationaler Organisationen wie „Abolition 2000“, der „Middle Powers Initiative“, dem Peace Boat, bei den Bürgermeistern für den Frieden und der „Global Campaign for Peace Education“.

Bei „Abolition 2000“ setzt sich Alyn seit Jahren für die Einsetzung der Atomwaffenkonvention (Nuclear Weapons Convention) ein. Die Atomwaffenkonvention ist ein völkerrechtlicher Vertrag, aufbauend auf der 1996 getroffenen Stellungnahme des Internationalen Gerichtshofs, zur vollständigen weltweiten Abrüstung von Atomwaffen und dem Verbot von Entwicklung, Test, Herstellung, Lagerung, Weitergabe, Einsatz und Androhung des Einsatzes.

Leider gibt es noch keinen gültigen Vertrag, auch wenn seit 1995 sein solcher von vielen Nichtregierungsorganisationen gefordert wird. 1996 erstellte eine Gruppe von Wissenschaftlern und Abrüstungsexperten, darunter Alyn Ware, unter der Leitung von IALANA und INESAP (International Network of Engineers and Scientists Against Proliferation) den Modellentwurf eines Vertragstextes, der 1997 von Costa Rica als offizielles UNO-Dokument eingereicht wurde.

Neben Barack Obama ist nun Alyn Ware eine weitere Person, die für den Einsatz für eine atomwaffenfreie Welt gewürdigt wird. Damit ist ein Zeichen gesetzt worden, das bei der nächsten Überprüfungs-konferenz des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrages (26. April bis 21. Mai 2010) in New York berücksichtigt werden sollte.

Auf der Seite des Alternativen Friedensnobelpreises ist folgendes Zitat von ihm zu lesen, das seine Arbeit sehr gut beschreibt:

*"The principles of peace are the same whether it be in school, at home, in the community or internationally. These are primarily about how to solve our conflicts in win/win ways, i.e. in ways that meet all peoples' needs. My kindergarten teaching was thus good training for my international peace and disarmament work. And when I am back in the classroom, I can help students see that the ideas and approaches they are using to solve their conflicts are similar to the ideas and approaches we use at the United Nations to solve international conflicts."*

(Artikel von Katja Göbel, Pacific Networking in Europe)

**Info:** Die alternativen Nobelpreise gehen auf eine Stiftung des deutsch-schwedischen Publizisten und Philatelisten Jakob von Uexküll (65) im Jahr 1980 zurück. Sie verstehen sich auch als Kritik an den traditionellen Nobelpreisen, die überwiegend an Preisträger aus der reichen westlichen

Welt gehen. Der Preis ehrt Menschen und Initiativen, die Lösungen für die dringendsten Probleme unserer Zeit finden und erfolgreich umsetzen. Über die Vergabe der Preise entscheidet eine internationale Jury. Neben Alyn Ware wurden in diesem Jahr noch ausgezeichnet:

Die 85-jährige Gynäkologin Catherine Hamlin, die in Äthiopien arme Frauen mit Geburtsfisteln behandelt sowie der Biologe René Ngongo, der sich im Kongo (Afrika) für die Erhaltung einer der weltweit wichtigsten Regenwälder einsetzt. Den Ehrenpreis erhielt der kanadische Zoologe und TV-Moderator David Suzuki. Der 73-jährige leistet seit über 20 Jahren Aufklärungsarbeit über die Gefahren des Klimawandels.

(<http://www.rightlivelihood.org/>,  
[http://www.rightlivelihood.org/summary\\_german.html](http://www.rightlivelihood.org/summary_german.html))

### Neue Botschafterin für PNG bestellt

Der neuseeländische Außenminister Murray McCully hat Mitte Oktober Frau Marion Crawshaw zur Botschafterin für Papua-Neuguinea ernannt. Sie wird ihr Amt Mitte 2010 antreten als Nachfolgerin von Niels Holm, der zurück nach Wellington gerufen wurde. Crawshaw war zuvor als Botschafterin in Paris und Rom sowie in Suva (Fidschi) und Honiara (Salomonen). Zuletzt war die Diplomatin im Außen- und Handelsministerium in der „Knowledge Services Division“ tätig.

(Flash d'Océanie 13.10.09,  
<http://www.guide2.co.nz/category/person/marion-crawshaw>,  
<http://www.beehive.govt.nz/release/mccully+names+new+high+commissioner+png>)

### Anpassungsfähig an Klimawandel-Folgen

Laut einem Bericht der britischen Agentur Maplecroft kann Neuseeland sich besonders gut an die Folgen des Klimawandels anpassen. Maplecroft ist eine Agentur zur Bewertung globaler Risiken und hat im Herbst den „Climate Change Risk Report“ veröffent-

licht. Anhand eines Rasters hat die Agentur für jedes der 166 untersuchten Länder den sogenannten „Climate Change Vulnerability Index“ ermittelt. Dieser Index misst, wie anfällig ein Land für die globalen Auswirkungen des Klimawandels ist und welche Strategien es im Kampf gegen den Klimawandel entwickelt hat. Laut Maplecroft kommt Neuseeland auf Platz 5 der Liste, die von Norwegen angeführt wird. Neuseeland sei gering besiedelt, verfüge über ein gutes Gesundheitssystem, Trinkwasser und Ernährungssicherheit seien gegeben und viele Gebiete stünden schon jetzt unter Naturschutz. Am schlechtesten schnitten in der Studie afrikanische Länder ab, die jedoch noch vor Indien lagen.

(NZ Herald 04.09.09,  
[http://www.maplecroft.com/Climate\\_change\\_info.php](http://www.maplecroft.com/Climate_change_info.php))

### WESTPAPUA TIMOR-LESTE

### 72 % des Staatshaushaltes für Verwaltung

**Westpapua:** Nach Angaben von [www.Kompas.com](http://www.Kompas.com) gehen 72 % der Ausgaben der staatlichen Haushalte (Etats) in Papua in die Verwaltung inklusive der Gehälter der Beamten und der Kosten für die Büros. So fehlen Gelder für das Bildungs- und Gesundheitswesen und für die Verbesserung der Infrastruktur. Einer der Gründe ist die sogenannte "pemekaran", die immer neue Aufteilung von Landkreisen in immer kleinere Einheiten. Im Jahr 2004 gab es 12 Landkreise, Anfang 2008 waren es bereits 28. Seitdem sind zwölf neue Landkreise entstanden, weitere Landkreise sind geplant. Nach wie vor gibt es die Pläne zur Aufteilung der beiden vorhandenen Provinzen in insgesamt fünf oder mehr Provinzen.

Oft ist die Aufteilung eines Landkreises das Ergebnis persönlicher Rivalitäten oder Agitation kleiner

Gruppen mit dem Ziel, ein neues Verwaltungszentrum mit vielen Bürojobs zu schaffen. Die ambitionierten Sprecher dieser Gruppen hoffen, zum Landrat (Bupati) oder in andere lukrative Posten gewählt zu werden. Sie reisen oft selbst nach Jakarta, sprechen mit Abgeordneten des Parlaments und Vertretern des Innenministeriums und behaupten, ihre Pläne seien der Wunsch der Bevölkerung. Im vorigen Jahr reisten etwa 200 Personen als Gruppe nach Jakarta, um Stimmung zu machen für eine Südprovinz um die Stadt Merauke.

Vor einem Jahr wurde der Landkreis Yalimo offiziell von der Regierung eingerichtet. Als Verwaltungssitz wurde der Ort Elelim festgelegt. Dort wird eine neue Verwaltung aufgebaut – angefangen wird mit teuren Gebäuden, für die jeder Zementsack eingeflogen werden muss. Hunderte von Verwaltungsstellen müssen neu besetzt werden. Zunächst hoffen örtliche Kräfte, hier einen Job zu finden. Dutzende Lehrer verlassen ihre Schulen und Krankenpfleger ihre Polikliniken und bewerben sich für einen Bürojob. Doch jedes neue Verwaltungszentrum zieht auch indonesische Zuwanderer an. Diese sind oft besser qualifiziert und bald zeigt sich, dass viele Positionen mit indonesischen Zuwanderern besetzt sind. Rund um die Verwaltungszentren bildet sich oft ein Gürtel von Kleinhändlern, Läden, Handwerkern, Kiosken, Restaurants, Telefonshops, Internetcafes und auch „Massagesalons“ – sprich Prostitution -, die ihre Dienstleistungen anbieten. Auch sie sind in der Hand von indonesischen Zuwanderern. Diese wissen, dass das Heer der Beamten ein regelmäßiges gutes Einkommen hat, das es abzuschöpfen gilt.

Nicht nur Landkreise werden aufgeteilt, auch Distrikte und Dorfgruppen. Hunderte von Lehrern sind in den letzten Jahren zu Distrikt- oder Dorfcheads ernannt worden und haben ihre Schulen verlassen. Sie nehmen ihren Wohnsitz jedoch keineswegs in ihrem

Distrikt oder Dorf, sondern leben im Verwaltungszentrum des Landkreises oder in der nächsten größeren Stadt.

Im Jahr 2006 wurde der Landkreis Yahukimo gebildet. Er ist ein Beispiel für eine völlig sinnlose Grenzziehung. Das Verwaltungszentrum wurde am südlichen Rand des großen Landkreises in einem Waldgebiet aus dem Boden gestampft. Während für die meisten Bewohner das frühere Zentrum Wamena in zwei bis drei Tagen gut erreichbar war, muss man jetzt einen teuren Flug buchen. Schwer betroffen sind die Bürger des Bezirks Kurima, die früher in ein paar Stunden die für sie zuständigen Regierungsbüros erreichen konnten und jetzt auf einen Flug angewiesen sind. Die gängige Begründung für die Aufteilung ist, dass die Verwaltung bürgernäher wird. Wenn dies auch manchmal richtig ist, im Fall Yahukimo ist das Gegenteil der Fall. Kein Wunder, dass schon wieder Pläne existieren, den Landkreis weiter aufzuteilen. An eine Grenzkorrektur denkt man natürlich nicht.

Die ausufernde Verwaltung bindet wichtige Kräfte, die bisher in den Dörfern tätig waren und nun nicht mehr für Bildung, Gesundheitswesen und Dorfentwicklung zur Verfügung stehen. Schulen, Lehrerhäuser, Polikliniken und auch Distriktbüros stehen leer. Das hat eine z. T. katastrophale Rückentwicklung in dörflichen Gebieten im Blick auf Bildung, Gesundheit, Dorfentwicklung und dörfliche Verwaltung zur Folge. Die Zahl der Analphabeten wächst. Eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung der Regionen ist noch gar nicht im Blick der Verantwortlichen. Man darf gespannt sein, wie die Statistik der verwendeten Haushaltsmittel im Jahr 2009 aussieht und sollte sich freuen, wenn der Anteil der Verwaltungskosten nicht noch über 72 Prozent anwächst. (Artikel von Pfr. Dr. Siegfried Zöllner, West-Papua-Netzwerk, <http://www.west-papua-netz.de/>)

## Freeport unter Beschuss

**Westpapua:** Während in Jakarta der wiedergewählte indonesische Präsident Susilo Bambang Yudhoyono (SBY) am 20. Oktober 2009 als Staatsoberhaupt vereidigt wurde, kam es in der Provinz Papua erneut zu Anschlägen auf das US-amerikanische Bergbauunternehmen PT Freeport. Gegen 09:30 Uhr feuerten Unbekannte auf einen Buskonvoi mit Mitarbeitern von PT Freeport, die auf dem Weg zu ihrer Arbeitsstätte in der Minenstadt Tembagapura waren.

Zwei Menschen wurden verletzt und mussten mit zum Teil schweren Schusswunden in nahe liegende Krankenhäuser gebracht werden.

Der Zwischenfall ereignete sich entlang der Zufahrtsstraße von Timika nach Tembagapura auf Höhe der Meile 42-43. Der Buskonvoi war gegen 07:30 Uhr von Timika in Richtung Tembagapura losgefahren. Um 09:15 erreichten die zehn Busse Meile 34, von wo aus der Konvoi unter Schutzbegleitung der Polizei und des Militärs weiterfuhr. Kurze Zeit später geriet die Fahrzeugkolonne unter Beschuss. Unbekannte feuerten auf insgesamt fünf Busse und zielten dabei auf drei Fahrerkabinen. Ein Fahrer wurde mit einem Schuss in die Hand getroffen. Obwohl die begleitenden Sicherheitskräfte sofort die Verfolgung aufnahmen, konnte die Tätergruppe unentdeckt entkommen.

Die Polizeiführung der Papua Provinz (Polda Papua) hat angekündigt, die Situation in Timika und den angrenzenden Bergen von Jayawijaya verschärft zu beobachten. Dazu bat die Polizei auch um Unterstützung des indonesischen Militärs, das sofort einhundert Soldaten des Bataillons *Yonif 751/ BS* in das Freeport – Areal entsandte. Die Polizei setzte zur Fahndung zudem drei Spezial-Gruppen ein, die auf Krisensituationen spezialisiert sind. „Wir gehen von einem erfolgreichen Ergebnis ihres Einsatzes aus“,

sagte der indonesische Polizeichef Bambang Hendarso Danuri.

In den vergangenen Monaten waren bereits sieben indigene Papua von der Polizei in Timika verhaftet worden. Ihnen wird vorgeworfen, den Tätern jüngst vorangegangener Überfälle auf der Zufahrtsstraße von Timika nach Tembagapura behilflich gewesen zu sein. Obwohl inzwischen 1.700 Sicherheitskräfte in dem betreffenden Gebiet im Einsatz sind, konnten die Täter bisher nicht gefasst werden. Der Polizeichef von Papua, Bagus Ekodanto, erklärte, dass sich die Polizeioperationen aufgrund der Dichte des Dschungels als schwierig erwiesen. Die Täter seien sehr mobil. *(Artikel von Pfr. Dr. Siegfried Zöllner, 28.10.09, <http://www-west-papua-netz.de>)*

### Intern. Friedensgruppe gedenkt ihrer Anfänge

**Timor-Leste:** Am 20. September wurde in Dili, der Hauptstadt von Timor-Leste, der Ankunft der „International Force for Easttimor“ (INTERFET) vor genau 20 Jahren gedacht. Die überwiegend aus australischen und neuseeländischen Soldaten und Zivilisten bestehende Friedenstruppe unter Leitung von General Peter Cosgrove von der „Australian Defence Force“ war unmittelbar nach der Volksabstimmung über die Unabhängigkeit von Indonesien auf Ersuchen von Xanana Gusmão ins Land gekommen. Der positive Volksentscheid hatte zu einem gewaltvollen Aufstand geführt, der zu Tod, Hunger und Vertreibung führte. Die INTERFET blieb bis Februar 2000 in Osttimor.

Zwischen Ende April und Ende Mai 2006 erlebte Osttimor dann die schwersten Unruhen seit seiner offiziellen Unabhängigkeit (20. Mai 2002). 37 Menschen starben, 155.000 waren auf der Flucht. Ausgangspunkt dafür war die Entlassung von etwa 40 % der Armeeangehörigen, die aus Protest gegen Missstände bei den Verteidigungskräften Ostti-

mors Anfang des Jahres desertierten. Daraufhin wurden über 3.000 Soldaten einer „Internationalen Stabilisierungstruppe“ (International Stabilization Force, ISF) aus verschiedenen Ländern nach Osttimor geschickt, um die Situation unter Kontrolle zu bekommen. Premierminister Marí Alkatiri sah sich am 26. Juni zum Rücktritt gezwungen. Seit dem 13. September 2006 soll die UNMIT (United Nation Integrated Mission in Timor-Leste) zusammen mit den ausländischen Truppen für Ordnung im Land sorgen und beim wirtschaftlichen Aufbau helfen. Ihr Mandat wurde bis Februar 2010 verlängert. Auch die ISF unter Führung Australiens blieb im Land, um die Sicherheitslage weiter zu stabilisieren. Australien und Neuseeland haben noch etwa 800 Mann in Osttimor stationiert.

Am 12. Oktober 2009 konnte die Regierung ein Misstrauensvotum mit den Stimmen der Koalition (38 gegen 25) abwehren. Auslöser war die Freilassung des mutmaßlichen Kriegsverbrechers Maternus Bere auf Veranlassung von Premierminister Xanana Gusmão (ins Amt gewählt am 8. August 2007) und Präsident José Ramos-Horta (zum Präsidenten gewählt am 20. Mai 2002). Indonesien hatte gegen die Verhaftung seines Staatsbürgers Anfang August protestiert, woraufhin Bere am 30. August 2009 zum 10. Jahrestag des Unabhängigkeitsreferendums an die indonesische Botschaft in Dili übergeben worden war. Die eigenmächtige Freilassung durch Premier Gusmão führte zu schweren Vorwürfen aus der Bevölkerung, von den Vereinten Nationen, der Katholischen Kirche und Menschenrechtsorganisationen. Das Oberste Gericht des Landes ermittelt wegen eines möglichen Verfassungsbruchs.

Gusmão erklärte, er habe Bere im Interesse der gutnachbarschaftlichen Beziehungen zu Indonesien freigelassen. Bere wird die Beteiligung am so genannten „Kirchenmassaker von Suai“ vor-

geworfen, bei dem 1999 vermutlich bis zu 200 Menschen ermordet wurden. *(Flash d'Océanie 21.09.09, Wikipedia, DOTG online)*

## AUSTRALIEN

### Regierung unterstützt FWCC

Die australische Regierung stellt dem „Fiji Women's Crisis Centre“ (FWCC) in den nächsten sechs Jahren 5,3 Millionen AUS Dollar zur Verfügung. Damit ist das Fortbestehen des seit 25 Jahren existierenden Frauenkrisenzentrums in der fidschianischen Hauptstadt Suva bis auf weiteres gesichert. Der australische Botschafter für Fidschi, James Bately, und die Koordinatorin des Zentrums, Shamima Ali, unterzeichneten das Finanzierungsprogramm Ende Oktober.

Die australischen Gelder fließen im Rahmen einer seit drei Monaten bestehenden Kampagne mit dem Titel „No to violence“. Die Kampagne zielt auf die Reduzierung von Gewalt gegen Frauen auf regionaler Ebene und unterstützt gezielt lokale Nichtregierungsorganisationen in Melanesien, die sich dem Kampf gegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen verschrieben haben. Mit den Geldern sollen Aufklärungs- und Bildungsprogramme finanziert, Psychologen und Ärzte in den Krisenzentren bezahlt, sowie die betroffenen Frauen unmittelbar unterstützt werden.

*Info:* Das „Fiji Women's Crisis Centre“ in Suva wurde im August 1984 eröffnet. Es versteht sich als zentrale Anlaufstelle für Opfer von (sexueller) Gewalt. Eine der rund 30 Mitarbeiterinnen ist rund um die Uhr am Krisentelefon erreichbar. Das Zentrum bietet medizinische, juristische und psychologische Beratung und Hilfe für Frauen und Mädchen. Es organisiert Bildungskampagnen, Straßenaktionen, beteiligt sich an

Demonstrationen und Mahnwachen, mischt sich in die öffentliche Diskussion ein und hat es in den letzten Jahrzehnten geschafft, das Thema Gewalt gegen Frauen zu enttabuisieren. Das Krisenzentrum verfügt über Außenstationen in Nadi, Labasa und Ba. (<http://www.fijiwomen.com/>, *Flash d'Océanie* 21.10.09)

## Polizei kehrt nach PNG zurück

Trotz Absetzung des sogenannten "Enhanced Cooperation Program" (ECP) wird die australische Polizei erneut Einsatzkräfte nach Papua-Neuguinea entsenden. Im Gegenteil zum ECP sollen die Mitarbeiter der „Australian Federal Police“ (AFP) diesmal jedoch die neuguineische Polizei eher auf struktureller und institutioneller Ebene unterstützen. Polizeichef Gari Baki erklärte, die australischen Polizisten würden nicht mehr im „normalen Betrieb auf der Straße“ eingesetzt, sondern sollten helfen, die Mitglieder der „Royal PNG Constabulary“ zu einer schlagfertigen, modernen und wirtschaftlich arbeitenden Einheit zusammenzuführen. Die Mitarbeiter der AFP werden deshalb im Bereich der Personalentwicklung und –förderung, im Finanz- und Rechnungswesen sowie im Bereich Aus- und Weiterbildung eingesetzt, erläuterte Baki. Er zeigte sich hocherfreut von dem australischen Mandat und betonte mehrfach die großen Unterschiede zum „Enhanced Cooperation Program“, wo es eher um die ganz praktische Hilfe bei der Verbrechensbekämpfung gegangen sei. (*Post-Courier* 23.09.09)

## Deutsche Kameras beobachten Waldbrände

**Australien:** Seit diesem Sommer ("unser" Winter entspricht dem australischen Sommer) werden in Australien zwölf Kamerasysteme der Berliner Firma „IQ Wireless“ getestet. Das sogenannte „Fire-Watch“ ist ein terrestrisches, digi-

tales Fernbeobachtungssystem für die frühzeitige Entdeckung von Busch- und Waldbränden. Es ist in der Lage, Waldgebiete bis zu einer Größe von 700 Quadratkilometer permanent zu beobachten und auf Rauchentwicklung hin zu überprüfen. In Verbindung mit einer Zentralstation werden die eingehenden Daten dargestellt, bewertet und über Breitband oder ISDN übermittelt. Erkennt die Kamera Rauch, löst das System in der Zentrale Feueralarm aus. Damit erhält die betreffende Feuerwehr zusätzlich die konkreten geographischen Daten des Brandherdes, die durch Kreuzpeilung exakt ermittelt werden können. Das System ist geeignet, ökologische Systeme und Kulturlandschaften zu schützen und einen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten.

„FireWatch“ ist bereits über 150 Mal in den deutschen Bundesländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt installiert.

Die in Berlin ansässige Firma „IQ Wireless“ forscht und entwickelt Technologien für die Telekommunikationstechnik, Videobeobachtungs- und Sicherheitstechnik. (*Lausitzer Rundschau* 26.09.09, <http://www.iq-wireless.com/>)

## SPORT

### Fidschi ist Medallensieger

**Cookinseln:** Bei den achten „Pacific Mini Games“ auf der Insel Rarotonga konnten sich die fidschianischen Sportler an die Spitze des Medallenspiegels setzen. Die Fidschianer gewannen 32 Goldmedaillen, 26 Silbermedaillen und 20 bronzene. Mit 66 Medaillen (23/21/22) folgte auf Platz zwei Neukaledonien vor Französisch-Polynesien mit 59 (21/22/16) Medaillen. Auf Platz 4 kam Samoa (16/16/24), gefolgt vom Gastgeber Cookinseln (15/13/17).

Die Mini Games fanden vom 21. September bis zum 2. Oktober statt, sie standen unter dem Motto „Share the moments“. In 15 Disziplinen traten 2.000 Sportler aus 21 pazifischen Staaten gegeneinander an, insgesamt wurden 415 Medaillen vergeben.

Sportliche Höchstleistungen vollbrachte dabei beispielsweise die erst 12-jährige Betty Babu von den Salomonen, die den 5.000 m Lauf für sich entscheiden konnte. Besonders begeisterten sich die zahlreichen Besucher für die Wettkämpfe im Auslegerkanufahren, die in der Muri-Lagune ausgetragen wurden. Hier siegten in allen Disziplinen die Tahitianer.

Bei der feierlichen Abschlusszeremonie im Stadion wurde in einer Gedenkminute der Opfer des Tsunamis gedacht, bevor die Spiele mit dem Löschen der Flamme und einem Großfeuerwerk von Premierminister Jim Marurai beendet wurden. Die nächsten Mini Games finden 2013 in Wallis und Futuna statt, bereits 2011 gibt es die „Pacific Games“ in Neukaledonien. 2015 finden diese – an die Olympischen Spiele angelehnten Wettkämpfe – dann in Papua-Neuguinea statt.

(<http://www.sportingpulse.com/>, *ABC News online*)

## Tahiti gewinnt Auslegerkanu-Rennen

**Hawai'i:** Bereits zum vierten Mal in Folge gewann „Shell Va'a“ aus Tahiti in Hawai'i das „Molokai Ho'e“, das neben dem „Hawaiki Nui Va'a“ auf Tahiti das wohl berühmteste Auslegerkanu-Rennen der Welt ist.

An der 57. Auflage des schon legendären Rennens, dass die hawaiischen Inseln Molokai und Oahu verbindet, nahmen in diesem Jahr 112 Mannschaften aus der ganzen Welt teil.

Die Herausforderung dieses Kanurennens besteht darin, insgesamt 76 Kilometer bei

tropischer Hitze und drei bis vier Meter hohen Wellen über das offene Meer zu paddeln. Dabei besteht jedes Team aus neun Paddlern, sechs davon im Auslegerkanu und drei Paddler im Begleitboot, das für die Sicherheit und Versorgung der Athleten zuständig ist. Nach 30 bis 45 Minuten darf der erste Wechsel der Paddler stattfinden. Dabei setzt sich das Beiboot vor das Kanu, aus dem drei Paddler ins Begleitboot wechseln, während zeitgleich aus dem Kanu drei Paddler ins Begleitboot umsteigen. Erfahrene Sportler managen diesen Wechsel in fünf Sekunden!

Wie in den vergangenen drei Jahren konnte sich das tahitianische Team „Shell Va'a“ unter Leitung von Gérard Teiva gegen die Konkurrenz aus Hawai'i mit einer Zeit von 4 Stunden 40 Minuten und 17 Sekunden durchsetzen. Der im letzten Jahr vom selben Team aufgestellte Streckenrekord wurde dabei nur um 1 Minute und 42 Sekunden verpasst.

Das Rennen am 11. Oktober war bis zuletzt spannend geblieben, weil das eigens aus Spitzensportlern gegründete hawaiische „Team Primo“ eine starke Leistung zeigte und bis zuletzt hoffte, die Tahitianer besiegen zu können (Zeit: 4:52:24).

Stärker noch als in anderen Sportarten gilt beim „Molokai Ho'e“ die Devise „Ankommen ist alles“, so dass auch die weit abgeschlagenen Teams wie etwa die Mannschaft aus dem russischen Wladiwostock mit einer Zeit von knapp unter sieben Stunden vom Publikum bejubelt wurden. Genauso begeistert wurden die Leistungen der körperlich behinderten Teams beklatscht, die weit über sieben Stunden brauchten, um ans Ziel - den Waikiki Beach auf Oahu - zu gelangen. (Pressemeldung auf [www.kanu.sport.de](http://www.kanu.sport.de) 15.10.09, TahitiPresse online, <http://www.vaatahiti.com>)

## Futsal-Team in Libyen

**Libyen:** Als einzige Mannschaft aus dem Pazifik nahmen die Salomonen vom 6. bis 12. Oktober bei der „Al-Fateh Intercontinental Futsal Championship“ in Libyen teil. Das Team spielte dabei gegen vier andere Länder, konnte jedoch keines der Spiele für sich entscheiden: Mit 5:6 verloren die Salomonen gegen Libyen, mit 0:6 gegen den Iran und mit 1:11 gegen Uruguay. Immerhin auf ein Unentschieden brachte es das salomonische Futsal-Team mit 6:6 im Spiel gegen Guatemala.

Iran gewann die Meisterschaft vor Uruguay und Gastgeber Libyen.

Für eine Sensation sorgte jedoch ein Spieler des „Kurukuru“ genannten Teams der Salomonen. Der erst 19-jährige Elliot Ragomo aus der Western Province wurde als Torschützenkönig für seine sechs Tore geehrt. Der Kapitän der Futsal-Nationalmannschaft der Salomonen war erst im August zum „Young Solomon Islander of the Year“ gewählt worden. Die mit 10.000 \$ dotierte Auszeichnung bekam er für seine Verdienste um den Sieg der salomonischen Futsal-Nationalmannschaft bei der „Oceania Football Confederation Futsal Championship“ im Juli des Jahres in Fidschi. Ragomo ist bisher der einzige Einheimische, der Futsal als Profisportler betreibt und damit sein Geld verdienen kann.

*Info:* Futsal ist eine Variante des Hallenfußballs ohne Bandenbegrenzungen. Der Name leitet sich vom portugiesischen Ausdruck *futebol de salão ab.* Es wird mit fünf Spielern (vier Feldspieler und ein Torwart) auf Handballtore mit einem sprungreduzierten Ball gespielt. Ein Spiel besteht aus zwei 20-minütigen Halbzeiten, in denen unbegrenzt und fliegend gewechselt werden darf. Verbreitet ist Futsal vor allem in Südamerika, Südeuropa und Osteuropa. So gibt es in Spanien

eine eigene Profiligen mit 16 Mannschaften, die „División de Honor“. Im europäischen Vereins-Futsal wird seit der Saison 2001/02 von der UEFA ein Landesmeisterpokal, der UEFA-Futsal-Pokal ausgetragen. Dieser wurde bisher viermal von spanischen Teams, einmal von einer belgischen Mannschaft und zweimal von einer russischen Mannschaft gewonnen.

(<http://www.oceaniafootball.com/ofcnewsdetails/alfateh-futsal-confederations-cup---ragomo-earns-golden-boot>, [http://www.dfb.de/uploads/media/broschuere\\_futsal\\_01.pdf](http://www.dfb.de/uploads/media/broschuere_futsal_01.pdf), <http://futsal4all.com/2009/08/elliott-ragomo-named-young-solomon-islander-of-the-year/>, *Solomon Times* 19.10.09)

## Minister diskutieren Bedeutung von Sport

**Cookinseln:** Bei einem Treffen pazifischer Sportminister mit Vertretern der UNESCO, des Olympischen Komitees, des Sekretariats des Pazifischen Inselforums sowie mit Vertretern der pazifischen Anti-Doping-Organisation (ORado, Oceania Anti-Doping Organization) und der pazifischen Fußballkonföderation wurde die Bedeutung von Sport für die Entwicklungshilfe auf pazifischen Inseln erörtert. Die Tagung fand einen Tag vor Eröffnung der Pacific Mini Games im Edgewater Resort in Avarua, Hauptstadt der Cookinseln, statt. Sie hatte das Thema: „Government and Sport-Working together for the Pacific Islands People“.

In einer Abschlusserklärung bekannten sich die Unterzeichner zu „ozeanischen Werten“ (Zitat) im Sport, wie etwa Engagement, Disziplin, Integration, Fair-Play, Respekt vor anderen Kulturen, Geschlechtergerechtigkeit und dem gemeinsamen Kampf gegen Doping. Sport sei ein geeignetes Mittel im Kampf gegen diverse gesundheitliche und soziale Herausforderungen, mit denen die Bewohner der pazifischen Inselstaaten zu kämpfen hätten, erklärten die Minister. So könnten sportliche Aktivitäten hilfreich sein

im Kampf gegen Fettleibigkeit und Diabetes. Sport diene auch der Integration von an HIV/AIDS-erkrankten Menschen und verringere die Kriminalität von Jugendbanden, hieß es seitens der Tagungsteilnehmer.

Zum Abschluss des eintägigen Fachgespräches äußerten sich die Teilnehmer lobend zu den von der Regierung Neukaledoniens eingeleiteten Maßnahmen im Sportsektor. Regierungsinitiativen wie der Bau von Sportstätten, die Förderung des Vereinssports und Aufklärungskampagnen zu den Gefahren des Dopings hätten gute Erfolge gezeitigt und könnten Vorbild für andere Pazifikstaaten sein. (*Flash d'Océanie* 24.09.09, <http://www.cinews.co.ck/2009/September/Wed23/local.htm>, <http://www.sportingpulse.com/>)

## „TOK BILONG PASIFIK“

### Riesenratte entdeckt

**Papua-Neuguinea:** Bei Dreharbeiten für die Sendung „Lost Land of the Volcano“ haben Mitarbeiter der „Natural History Unit“ des britischen Senders BBC in einem Vulkankrater in Papua-Neuguinea eine bis dato unbekannte Riesenratte entdeckt. Das Tier ließ sich vom Kamerateam bereitwillig filmen und sogar anfassen. Von der Nase bis zum Schwanz kam es auf eine Länge von 82 cm und ein Gewicht von ca. 1,5 Kilo. Das Nagetier, das wahrscheinlich zur Gattung der Riesenbaumratten gehört, hat ein silber-braunes, dickes und langes Fell, das es gegen Kälte und Nässe schützt. Der das Kamerateam begleitende Biologe Dr. Kristofer Helgen vom Smithsonian National Museum of Natural History in Washington sprach von „einer der größten Ratten der Welt“.

Die Ratte wurde im Krater des erloschenen Vulkans Mount Bosavi in 1.000 Metern Höhe entdeckt und nach ihrem Fundort „Bosavi

Woolly Rat“ (Bosavi Wollratte) benannt.

Bei seiner Expedition im Vulkankrater entdeckte das BBC-Team um den Bergsteiger Steve Backshall, den Kameramann Gordon Buchanan und den Naturkundler Dr. George McGavin weitere rund 40 bis dahin unbekannte Tiere, u.a. 16 Frösche, drei Fische und eine Fledermaus. Außerdem wurde ein Beuteltier gefunden und benannt: Das „Bosavi Silky Cuscus“ ähnelt einem kleinen Bären, lebt hoch oben in Baumkronen und ernährt sich dort von Früchten und Blättern.

*Info:* Der Mount Bosavi ist ein 2.507 m hoher Berg in der Southern Highlands Provinz von Papua-Neuguinea. Er befindet sich auf dem Großen Papua-Plateau und ist ein Teil des Kikoribeckens. Der Vulkankrater ist etwa vier Kilometer breit und ein Kilometer tief. Der erloschene Vulkan erhebt sich 2.000 m über die ihn umgebende Ebene. Sein letzter Ausbruch ereignete sich vor 200.000 Jahren. Ein Teil des Berges gehört zum Nationalpark „Sulawesi Wildlife Management Area“, der im Jahr 2006 gegründet wurde. (*BBC* 06.09.09, *dpa* 07.09.09, *Post-Courier* 08.09.09, *Wikipedia*)

### Anti-Stress-Spray aus Australien

**Australien:** Der australische Arbeitsminister Andrew Fraser hat Anfang September ein neues Duftspray vorgestellt und in den Markt eingeführt. Das „Eau de Grass“- Spray mit dem Namen „SerenaScent“ (dt. beruhigender Duft) riecht wie frisch geschnittenes Gras und soll den Riechenden glücklicher und weniger stressanfällig machen.

„SerenaScent“ ist das Ergebnis langjähriger Forschungsarbeiten von Dr. Nick Lavidis und Prof. Rosemarie Einstein von den Fachbereichen „Biomedical Science“ und „Pharmacology“ an der University of Queensland. Das Spray basiert auf der Er-

kenntnis, dass beim Schneiden von Gras und grünen Blättern mindestens fünf Chemikalien freigesetzt werden, die Stressreduzierende Eigenschaften haben. SerenaScent enthält drei dieser Chemikalien und soll helfen, die negative Wirkung von Stress auf das Nervensystem zu reduzieren.

Das Spray wird von einer in Sydney ansässigen Firma online vertrieben. Es kann als Raumspray oder für die Anwendung auf Bettwäsche und Kleidung genutzt werden. Kosmetika und ein Parfum sollen folgen. (*Pressemitteilung Institut Ranke-Heinemann* 03.09.09, <http://www.serenascent.com/>)

### Autos stören Sex-Leben von Fröschen

**Australien:** Verkehrslärm stört das Paarungsverhalten von Fröschen. Das ist das Ergebnis einer siebenjährigen Studie der australischen Ethnobotanikerin Dr. Kirsten Parris von der „University of Melbourne“. Die Froschexpertin, die bereits 1999 ihre Dissertation über Frösche schrieb, fand heraus, dass die zurückgehende Froschzahl in australischen Großstädten an dem Verkehrslärm liegt. Dieser übertönt das quakende Liebeslied der männlichen Frösche. Während ein Tier ohne Hintergrundgeräusche in einem Umkreis von 800 Metern von einem Weibchen gehört wird, erreicht es in der Nähe von Hauptverkehrsstraßen seine Artgenossen nur noch in einer Entfernung von 20 bis 50 Metern. Das Quaken sei aber das wichtigste Instrument der Männchen, paarungswillige Partnerinnen in ihren Teich zu locken, erklärte die Wissenschaftlerin. Sie hatte in den letzten Jahren Frösche in mehr als 100 Teichen in Melbourne beobachtet.

Dass die Rufe bei viel Lärm untergehen, mache es schwieriger, neue Partnerinnen anzuziehen, was wiederum zu sinkenden Froschpopulationen führe. Parris fand heraus, dass vor allem die Frösche mit tiefer Stimme betrof-



fen sind, weil sie gegen die ebenfalls tiefen Geräusche von Verkehr und Klimaanlage anquaken müssten. Immerhin entdeckte die Forscherin auch eine braune Baumfrosch-Art, die sich an den städtischen Lärmpegel angepasst hat und nun in deutlich höheren Tönen quakt als bisher. (<http://www.npr.org/templates/story/story.php?storyId=113717563>, <http://www.botany.unimelb.edu.au/envisci/about/staff/kirsten.html>)

## Schweden gibt Schädel zurück

**Schweden:** Im Rahmen einer offiziellen Zeremonie im „Nationalmuseum für Altertümer“ in Stockholm hat Museumsdirektor Lars Amreus 22 Totenschädel an Abgesandte aus Hawai'i zurückgegeben. Die meisten der Schädel stammen von Begräbnisstätten auf Hawai'i. Sie wurden 1880 von schwedischen Wissenschaftlern aus ihren Gräbern geholt. Das Nationalmuseum erhielt fünf Schädel nach einer Schenkung im Jahr 1997. Die anderen Schädel waren im medizinischen Institut der Karolinska-Universität in Stockholm gefunden worden.

Museumsdirektor Amreus drückte bei der Übergabe der Schädel die Hoffnung aus, dass die Rückgabe „den spirituellen Kreis wieder herstellt“, den die Wissenschaftler unterbrochen hatten. Die Vertreter Hawai'is teilten mit, dass sie die Schädel wieder in der „Erde ihrer Geburt“ begraben würden. (ANP/kava 15.11.09)

## Viel zu dick!

**Pazifik:** Nach einer aktuellen Studie der Weltgesundheitsorganisation WHO nehmen vier pazifische Staaten die vordersten Ränge bei der Fettleibigkeit ein. So sind laut WHO 93,5 % der Bevölkerung von Tokelau stark übergewichtig. Auf Nauru sind es 93 %, in Kiribati immerhin noch 81,5 %. Auf den Marshallinseln sind 75 % der Gesamtbevölkerung übergewichtig, hier leiden

auch 28 % an durch Übergewicht hervorgerufenem Diabetes. Die Zahl der Diabetes-Erkrankungen ist pazifikweit auf Amerikanisch-Samoa am höchsten. Hier leiden 47 % an der Zuckerkrankheit. Für ihre Studie hatte die WHO den Gesundheitszustand in der Altersgruppe der 25 bis 64-Jährigen untersucht. (Marshall Islands Journal 11.09.09)

## Tonganerin bekommt Stipendium

**Tonga:** Die 24-jährige Katrina Mau, Absolventin des Journalismusstudiengangs an der „University of the South Pacific“ (USP) in Suva (Fidschi), hat ein Commonwealth-Stipendium für die schottische University of Glasgow gewonnen. Sie wird dort einen Master in „Human Rights and International Politics“ machen. Mau ist ehemalige Herausgeberin der Studentenzeitung „Wansolwara“ der USP. Sie hatte drei Jahre an der USP studiert und die Uni 2008 als Jahrgangsbeste verlassen. Bis dato war sie im Pressebüro des tonganischen „Ministry of Information and Communication“ tätig. (Pacific Media Watch online 07.09.09)

## KIRCHLICHE NACHRICHTEN

### AUS PAPUA-NEUGUINEA

#### ALLGEMEIN

### Neues Flugzeug für SIL

Die Arbeit der Bibelübersetzer beim „Summer Institute of Linguistics“ (SIL) und der Gesellschaft für Bibelübersetzung (BTA) bekam starke Unterstützung durch die Anschaffung eines neuen Flugzeuges für den Flugdienst von SIL. Ähnlich wie die „Mission Aviation Fellowship“ (MAF) leistet auch SIL mit seinem Flugservice einen wesentlichen Beitrag zur

Entwicklung der ländlichen Regionen in Papua-Neuguinea. Das neue Flugzeug vom Typ Kodiak ist besonders geeignet für kurze raue Graspisten und kann bis zu zehn Personen befördern. SIL und BTA haben zusammen etwa 700 Mitarbeitende, die derzeit an Bibelübersetzungen in ca. 220 Stammessprachen des Inselstaates mit seinen knapp 800 eigenen Sprachen arbeiten. (The National 20.11.09)

## Engere Zusammenarbeit gefordert

Bei einer Veranstaltung der röm.-kath. Diözese Wewak bezeichnete Manasupe Zurenuoc, der zuständige Minister für die Provinz und die Lokalregierungen PNGs, viele Beamte als „Hühner die umher rennen und nicht genau wissen was sie zu tun haben“. Die staatlichen Strukturen und Mechanismen seien nicht effektiv genug und viele gute Ansätze auf nationaler Ebene kämen nicht bei den Menschen vor Ort an. Cyril Kondang, der Geschäftsführer der Diözese Wewak betonte, die Beamten würden sich nicht um die Menschen kümmern. Sie wären nur an ihrem Gehalt interessiert und hätten die Bodenhaftung mit der Wirklichkeit in den ländlichen Gebieten verloren. Deshalb wurde eine engere Zusammenarbeit zwischen den Kirchen und dem Staat gefordert, um gemeinsam den Nöten der Menschen zu begegnen.

Ähnliche Forderungen nach einer engeren Zusammenarbeit stellte auch der Nationale Kirchenrat. Wenn PNG seine Millenniumsziele erreichen wolle, dann müsse der Staat viel stärker als bisher auf die verschiedenen Kirchen zurückgreifen und diese in ihrer Entwicklungsarbeit unterstützen, da sie viel näher an den Menschen dran seien, als die meisten staatlichen Beamten. (The National 09.10., 12.10.09)

## Gesundheitsversorgung durch die Kirchen

Die Verantwortung für die medizinische Versorgung der Bevölkerung sollte dem Staat aus den Händen genommen und an die Kirchen übertragen werden, forderte Wake Goi, Mitglied des Parlaments und Gesundheitsexperte. Landesweit habe sich die Situation an den staatlichen Gesundheitseinrichtungen über die letzten Jahre kontinuierlich und dramatisch verschlechtert. Es sei offensichtlich, dass die Kirchen die einzigen seien, die noch ein gewisses Mindestmaß an medizinischer Versorgung für die ländliche Bevölkerung aufrecht erhielten. Um den Verlust von weiteren Menschenleben zu verhindern, ist es unumgänglich, dass die Regierung künftig viel enger mit den Kirchen zusammenarbeiten muss, zum Beispiel durch legal verpflichtende und einklagbare regelmäßige finanzielle Unterstützung. *(The National 20.11.09)*

## Kirchen und Entwicklungshilfe

Über 50 Vertreterinnen und Vertreter der meisten Kirchen in PNG haben sich zu einem viertägigen Workshop getroffen, der von AusAID, dem australischen Entwicklungsdienst, veranstaltet wurde. Dabei ging es insbesondere darum, wie Planung, Beantragung, Implementierung, Berichterstattung und Evaluierung von Entwicklungshilfeprojekten im Bereich der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit verbessert werden können. *(The National 08.10.09)*

## AUS DER ELC-PNG

### Chimbu dankt Finschhafen

Die Chimbu-Provinz im Östlichen Hochland Papua-Neuguineas feierte Ende September das 75jährige Jubiläum der Ankunft der ersten einheimischen Missionare in ihrer Region. Diese ka-

men aus dem Raum Finschhafen an der Ostküste der Huon-Golf-Halbinsel. „Wir danken Gott und den Männern und Frauen aus Finschhafen, dass sie uns das Wort Gottes gebracht haben“, sagte Herr Kerenga Kua. Als Zeichen der Dankbarkeit überreichte er den Gästen aus Finschhafen 20.000 Kina (ca. 5.000 Euro) für die Renovierung der Gedächtniskirche in Simbang, wo der Ankunft des ersten deutschen lutherischen Missionars Johann Flierl im Jahre 1886 gedacht wird. *(Wantok Nr. 1833)*

## 14. Nationale Jugendkonferenz

Die 14. Nationale Jugendkonferenz der ELC-PNG fand dieses Jahr Ende September im Jiwaka-Distrikt in der Western Highlands Provinz statt. Sie stand unter dem Motto „Junge Leute: Glaub und handelt!“ Neben verschiedenen Bibelarbeiten und Andachten spielten auch Fragen zu HIV-AIDS, zum Klimawandel sowie zur gegenwärtigen kulturellen Krise des Landes eine wichtige Rolle. Insgesamt versammelten sich über 1.500 Jugendliche aus 17 Distrikten der ELC-PNG. *(Wantok Nr. 1829)*

## Frauen zu Besuch in Australien

Ende September trafen sich Frauen aus der gesamten pazifischen Region zu einer einwöchigen internationalen Frauenkonferenz im australischen Melbourne. Sie stand unter dem Thema „Lehre mich Deinen Weg (Psalm 86,11)“ und behandelte Fragen wie Frauen von heute ihren beruflichen Alltag, ihre alltäglichen Herausforderungen und ihr kirchliches Engagement bewältigen und gestalten können. Die Delegation aus PNG besuchte anschließend noch verschiedene kirchliche und diakonische Einrichtungen wie z.B. Seniorenheime, Frauenzentren oder eine Einrichtung für Opfer von Busch-

bränden. *(The National 02.10.09)*

## 300.000 Kina für Synode

Gouverneur Luther Wenge überreichte der ELC-PNG einen Scheck in Höhe von 300.000 Kina (knapp 75.000 Euro) für die Ausrichtung der 27. Synode der ELC-PNG. Außerdem will er noch 16 Kühe stiften und dafür sorgen, dass die Straße und das Gelände um den Veranstaltungsort am Martin-Luther-Seminar herum durch erhöhte Polizeipräsenz abgesichert werden. Die Synode findet Mitte Januar statt und wird dieses Mal vom Jabem-Distrikt ausgerichtet. Neben zahlreichen Entscheidungen über die Zukunft der Kirche steht nach dem Tod von Bischof Dr. Wesley Kigasung im Mai 2008 insbesondere die Wahl eines neuen Bischofs auf der Tagesordnung. Gewählt werden außerdem ein stellvertretender Bischof sowie ein neuer Generalsekretär für die etwa eine Million Mitglieder starke Kirche. *(The National 27.10.09)*

## AUS ANDEREN KIRCHEN

### Bischof Hermann Raich (SVD) verstorben

**Katholische Kirche:** Über 80.000 Katholiken der Enga-Provinz trauern um Bischof Hermann Raich, der am 9. Oktober im Alter von 75 Jahren in Wabag verstarb. Raich wurde am 2. Mai 1934 in Tirol, Österreich geboren, trat 1946 in die Ordensgemeinschaft der Steyler Missionare ein und wurde 1962 zum Priester geweiht. 1964 kam er nach PNG und wirkte über 45 Jahre in der Enga-Provinz, zunächst als Priester in Mang, später in Sangurap und schließlich als erster Bischof von Wabag. *(The National 13.10.09, Wantok Nr. 1836)*

## Erzbischof James Ayong verabschiedet

**Anglikanische Kirche:** Seit 1995 hatte James Ayong die Diözese Aipo Rongo geleitet und war ein Jahr später als Primas zum Erzbischof von PNG ernannt worden. Nun ging er nach einem erfüllten Berufsleben in den wohlverdienten Ruhestand. James Ayong wurde 1944 in der Provinz West New Britain geboren. Nachdem er viele Jahre in der Anglikanischen Kirche in Lae mitgearbeitet hatte, begann er 1980 mit seiner Priesterausbildung, war Gemeindepfarrer und Dozent an verschiedenen Seminaren und wurde schließlich 1994 Priester in Port Moresby, bevor er Bischof wurde. (*Wantok Nr. 1831*)

## AUS ANDEREN LÄNDERN

### Investition in die Zukunft

**Fidschi:** Die beiden größten ökumenischen Institutionen im Pazifik wollen künftig enger zusammenarbeiten. Eine entsprechende Vereinbarung unterzeichneten Fe'iloakitau Tevi, Generalsekretär der Pazifischen Kirchenkonferenz (PCC), und Dr. Feleterika Nokise, Präsident des „Pacific Theological College“ (PTC). Insbesondere wollen sich die beiden Institutionen programmatisch, institutionell und finanziell gegenseitig stärken und unterstützen. Vor allem der Bildungsbereich, die Qualifizierung von Führungskräften, die kirchliche Arbeit mit Frauen und Jugendlichen, sowie die weltweite ökumenische Vernetzung sollen davon profitieren. (*Talanoa Pasifika, October 2009, Volume 1, Issue 4*)

### John Bosco Baremes neuer Bischof

**Vanuatu:** Seit dem Tod von Bischof Michel Visi im Mai 2007 war die Diözese Port-Vila in Vanuatu vakant. Nun wurde Jean (John) Bosco Baremes, S.M. am 18. No-

vember zum neuen Bischof der Diözese ernannt. Er wurde 1960 in Papua-Neuguinea geboren, trat 1981 in den Maristen-Orden ein und wurde 1987 zum Priester geweiht. (*Catholic Hierarchy News, 18.11.09, NewsPAD-pacific.info 25.11.09*)

## Bischofs-Workshop in Aachen

**Deutschland:** Erzbischof Douglas Young SVD aus Mount Hagen (Papua-Neuguinea) war am 19. November zu Gast bei missio in Aachen und moderierte einen Workshop zum Thema "Pastorale Planungsprozesse". Die katholische Bischofskonferenz von PNG & Solomon Islands initiierte bereits 2003 einen Prozess der Erneuerung. Unter dem Motto "Church Alive in Christ" waren von Januar 2003 bis Juli 2004 alle 1,5 Millionen Katholiken in Papua-Neuguinea eingeladen, an der Diskussion über den Zustand der Kirche teilzunehmen und für die Zukunft zu planen. Es fanden landesweit Befragungen an der Basis statt zu den Wünschen, Erwartungen und Kritikpunkten an der Kirche. „Communio“, Laienpartizipation und gemeinsame Planung bilden das Fundament des aus der Auswertung entstandenen nationalen Pastoralen Plans, der wiederum Grundlage und Anstoß für die diözesanen Planungen im Land selber ist. (*Artikel von Anne Knörzer, missio Aachen 01.12.09*)

Liebe Leserinnen und Leser des „Rundbriefs“ des Pazifik-Netzwerks,

aufgrund des momentanen Arbeitsaufwands und des großen öffentlichen Interesses an Fragen verbunden mit dem Thema Klimawandel sind wir nicht in der Lage, die November-Ausgabe des „Rundbriefs“ herauszugeben. In den letzten Monaten sind in der Pazifik-Infostelle viele neue bzw. zusätzliche Aufgaben auf uns zugekommen, nicht zuletzt aufgrund

unseres Engagements für die Pazifischen Inseln in Bezug auf die Bedrohung durch den globalen Klimawandel. Gerade wurde unsere Wanderausstellung „Land Unter im Pazifik“ ins Englische übersetzt und wir hoffen, diese auf der Weltklimakonferenz in Kopenhagen präsentieren zu können. Ich werde vom 8. bis zum 18. Dezember in Kopenhagen sein, um die Interessen der Pazifik-Infostelle und des Projekts „Pacific Networking in Europe“ vor Ort zu vertreten.

Wir bitten alle Leserinnen und Leser des „Rundbriefs“ um Entschuldigung für die fehlende Ausgabe. Im Februar 2010 wird wie gewohnt ein Rundbrief erscheinen. Die bereits für die November-Ausgabe eingereichten Artikel werden dann veröffentlicht.

Ich wünsche allen eine besinnliche Adventszeit und hoffe, dass wir Weihnachten mit einem zufriedenstellenden Kopenhagener Ergebnis feiern können!

Katja Göbel  
Redakteurin „Rundbrief“

### Impressum:

Kein Pressedienst  
**Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion:** Julia Ratzmann  
**Kirchliche Nachrichten:**  
 Pfr. Thomas Paulsteiner  
 "pazifik aktuell" erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.  
**Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik auf das Konto 10 11 111, BLZ 520 604 10, Evang. Kreditgenossenschaft eG**

### Quellen:

Australien Info • Asia Pacific News  
 • BBC News • Islands Business  
 • Flash d'Océanie • National  
 • Oceania Flash • Pacific Beat  
 • Pacific Islands Report • Pacific Magazine • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand  
 • Sydney Morning Herald • Tahitipresse • The Lutheran  
 • Wantok • Westpapua-Netzwerk

### Herausgeber:

**Pazifik**  
 INFORMATIONSSTELLE



**Mission EineWelt**

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern  
 Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau  
 Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120